AZA 3000 BERN 15 NR. 17 | 18. OKTOBER 2019 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA
DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.
work

Unia-Chefin Vania Alleva: An die Urnen, Kolleginnen und Kollegen! Seite 2

Rot-Grün im Klima-Test

Wie halten's die SP und die Grünen mit dem Klima-Umbauplan von work? **Christian Levrat** und **Regula Rytz** im grossen Klima-Test. Seiten 8–9

Klimabewegung und die Gewerkschaften: Das läuft in Europa und in der Schweiz. Seiten 10–11

FOTOS: KEYSTONE (2), MATTHIAS LUGGEN (2)

Frauen auf die Schienen

Ein Euro-Frauenteam und SEV-Chef Tuti haben einen kühnen Plan. Seite 3

Schweizer Saumode

Wie schamlos Schweizer Modefirmen von Ausbeutung profitieren. Seite 13

Baby da, Job weg

Inselspital Bern: Als Sarah Peter (32) nach der Geburt weniger arbeiten wollte, verlangten die Verantwortlichen von ihr die Kündigung. Die ganze Skandalgeschichte. Seite 5

workedito
Marie-Josée Kuhn

AVANTI POPOLO!

DIE DEBATTE IST ERÖFFNET I. *In der letzten Ausgabe präsentierte work exklusiv den grossen ökosozialen Klima-Umbauplan in 19 Schautafeln. Er zeigt ganz konkret auf, technisch und politisch, dass eine CO_2-neutrale Schweiz möglich ist. Und zwar nicht erst ab 2050, wie das der Bundesrat will. Sondern schon ab 2030. Mit dieser Pionierleistung haben wir der Klimadebatte Schub verliehen. Das zeigen auch die engagierten Reaktionen unserer Leserinnen und Leser (Seite 17). Und wir befeuern sie in dieser Nummer noch, indem wir Rot-Grün in den Klima-Schwitzkasten nehmen. Pünktlich zum Wahlwochenende stellen wir Grünen-Chefin Regula Rytz und SP-Chef Christian Levrat 10 heisse Fragen zum ökosozialen Umbau der Schweiz (Seiten 8–9), den die Grünen etwas schneller haben möchten als die Roten. Die CO_2-Netto-Null fordert Rytz ab 2030. Levrat «so bald wie möglich, aber allerspätestens 2050».*

DIE DEBATTE IST ERÖFFNET II. *Die Klimakrise ist untrennbar mit der sozialen Frage verbunden. Das sagt nun auch ganz offiziell die Klimabewegung. Weil die Ausbeutung des Menschen und die Ausbeutung der Erde in ein und derselben auspresserischen Wirtschaftslogik betrieben werde. «System Change, not Climate Change!» heisst denn auch einer ihrer pointiertesten Slogans: Kapitalismusschmelze statt Gletscherschmelze. Und dafür hätten die Klimabewegten nun gerne die Unterstützung der Gewerkschaften. Für einen gemeinsamen Massenstreik am 15. Mai 2020. Schliesslich trifft die Klimakrise zuerst die Lohnarbeitenden: auf dem Bau, in den Fabriken und Büros und in den Spitälern. Konkrete Anfragen hat die Bewegung unter anderem bei der Unia und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund deponiert (Seite 10). Und damit den Grundstein für ein Bündnis gelegt, das in Deutschland und Italien bereits blüht und die Welt verändern könnte.*

DIE DEBATTE IST ERÖFFNET III. *Maurizio Landini ist der Chef der mächtigsten italienischen Gewerkschaft CGIL. Und er ist derzeit der klimabewegteste Gewerkschaftschef Europas. Bereits im Frühling rief er seine 5 Millionen Mitglieder auf, «den Kampf der Jungen für das Klima» zu unterstützen. Der Sozialist ist ein Vorreiter des Bündnisses von Gewerkschafts- und Klimabewegung (Seiten 10–11). Er sagt: «Wir müssen die Produktion ändern.» Das werde ein harter Kampf, «aber zusammen sind wir in der Lage, ihn zu gewinnen». Avanti popolo, also! Hoffentlich bald auch in der Schweiz. Avanti diesen Wahlsonntag vorerst an die Urnen, sagt Unia-Chefin Vania Alleva in ihrem Wahlaufruf (diese Seite). Für ein besseres Klima brauche es eine ökosoziale und feministische Wende. Das wär dann der erste Streich.*

Wahlaufruf von Unia-Chefin Vania Alleva

Diesen Sonntag zu verschlafen liegt wirklich nicht drin!

Liebe Kollegin, lieber Kollege

2019 wird als das Jahr der grossen Mobilisierungen in die Geschichte eingehen. Schon seit Anfang Jahr rüttelte eine eindrückliche Welle von Jugendprotesten gegen den Klimanotstand die Schweiz auf. Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte sie Ende September mit einer nationalen Klimademo in Bern mit 100 000 Teilnehmenden. Und am Frauenstreik vom 14. Juni gingen über 500 000 Frauen und solidarische Männer auf die Strassen. Das war überwältigend! Überall in der Schweiz gab es Streikpausen, Demonstrationen und unzählige kleinere und grössere Aktionen. Ein starkes Signal, dass es mit der Gleichstellung in der Schweiz endlich vorwärtsgehen muss und dass wir Frauen Respekt, mehr Lohn und mehr Zeit verdient haben.

FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Unia-Chefin Vania Alleva.

RESPEKT. Als Unia-Präsidentin habe ich vor der Versammlung der streikenden Uhrenarbeiterinnen im Vallé de Joux gefordert: Schluss mit der Lohndiskriminierung. Der jährliche 10-Milliarden-Franken-Klau an den Frauen gehört abgeschafft.

Geh wählen und stärke die progressiven, linken Kräfte!

Respekt für uns Frauen und unsere Arbeit. Gerechte Verteilung der bezahlten UND der unbezahlten Arbeit. Auf dem Bundesplatz Ende September habe ich soziale Spaltung und Klimanotstand als Werk derselben kleinen, macht- und geldgierigen ‹Herren-Elite› kritisiert. **Und ich forderte einen ökosozialen Umbau der Gesellschaft, im Interesse der sozial Schwächeren und unserer natürlichen Lebensgrundlagen.**

Sowohl der Frauenstreik als auch die Klimademos sind klare Zeichen für eine bessere Zukunft. Ich bin stolz, dass unsere Gewerkschaft ein Teil dieser Bewegungen ist! Der Schwung der Mobilisierungen darf nicht verpuffen. Er muss jetzt in den Institutionen ankommen – zuallererst in einem fortschrittlicheren Parlament. Eines, das endlich mit der Lohngleichheit vorwärtsmacht und den Klimanotstand bekämpft, statt die Renten, das Arbeitsgesetz und kantonale Mindestlöhne anzugreifen, wie dies zurzeit der Fall ist. Wir stehen bereit, die arbeitnehmerfeindlichen Attacken eines bürgerlich dominierten Parlaments abzuwehren. **Wir werden die geplante Totalderegulierung der Arbeitszeit bekämpfen. Wir wehren uns gegen einen Abbau bei der AHV auf dem Buckel der Frauen. Und wir verteidigen die Personenfreizügigkeit und den Lohnschutz sowohl gegen die rechten Fremdenfeinde als auch gegen die rechten Marktideologen.** Aber lieber würden wir weniger politische Angriffe abwehren und könnten stattdessen mehr Energie in unsere Kämpfe für sozialen Fortschritt investieren.

CHANCE. Wenn du stimmberechtigt bist, kannst du am kommenden Wochenende Kandidatinnen und Kandidaten wählen, die für sozialen Ausgleich und Arbeitnehmerrechte, für Gleichstellung und für eine nachhaltige Wirtschaft einstehen – kurz: für den ökosozialen Umbau. Nutze diese Chance und stärke die progressiven, linken Kräfte. **Bitte geh wählen und mobilisiere in deinem Umfeld! Denn es macht einen Unterschied: für die einfachen Leute mit schmalem Portemonnaie, für die Frauen, für unsere Kolleginnen und Kollegen ohne Schweizer Pass, für alle, die diskriminiert, ignoriert und benachteiligt werden.** Und für unsere Kinder und Kindeskinder und alle zukünftigen Generationen.

Den Wahlsonntag verschlafen, das liegt diesmal wirklich nicht drin!»

Ohrfeige für Gärtnermeister

FOTO: UNIA

LEGENDÄR: Gärtnerinnenstreik von 2013.

Schaffhausen. Die Unia darf von den Verhandlungen über den kantonalen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) im Gartenbau nicht ausgeschlossen werden. Das hat jetzt das Schaffhauser Obergericht bestätigt. Der Unternehmerverband Jardin Suisse hatte mit dem handzahmen Berufsverband Grüne Berufe Schweiz einen GAV abgeschlossen und diesen 2018 für allgemeinverbindlich erklären lassen. Zu Unrecht ohne Mitsprache der Unia, die immerhin rund einen Drittel der Schaffhauser Gärtnerinnen und Gärtner vertritt. Im Hintergrund der Auseinandersetzung ist der erfolgreiche fünftägige Gärtnerstreik von 2013. Seither fürchtet Jardin Suisse die Unia wie der Teufel das Weihwasser.

Mickrige Migros

ZÜRICH. Sie werde die Löhne erhöhen, teilte die Migros-Gruppe Anfang Monat mit. Allerdings nur um 0,5 bis 0,9 Prozent. Und nicht einmal für alle, sondern nur individuell. Dies bei gleichzeitigen Rekordumsätzen, einem 475-Millionen-Gewinn und einem CEO-Lohn von 880 000 Franken. Dieses Missverhältnis scheint dem orangen Riesen selbst etwas peinlich: Bloss als «vertretbar» bezeichnete die Generaldirektion ihre «Lösung». Völlig quer in der Landschaft steht hingegen der Kaufmännische Verband. Dieser Migros-Sozialpartner erhob die Mini-Erhöhung zu einem «wichtigen Signal für die Mitarbeitenden». Die Unia kritisierte dagegen, die Lohnerhöhungen reichten in vielen Fällen nicht einmal, um die Lebenshaltungskosten der Angestellten zu decken.

Scharf gegen Schwarz

FREIBURG. Durch Schwarzarbeit gehen dem Kanton Freiburg Jahr für Jahr rund eine Milliarde Franken durch die Lappen. Zu viel, befand das Kantonsparlament Mitte September. Einstimmig genehmigte es ein schärferes Arbeitsgesetz. Damit erhalten Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren mehr Kompetenzen. Ihre Beobachtungen dürfen Polizei und Staatsanwaltschaft neu als Beweise gegen Firmen verwenden. Und wenn sie auf einer Baustelle Schwarzarbeit feststellen, dürfen sie diese sofort schliessen. Den fehlbaren Firmen drohen jetzt auch Strafen von bis zu einer Million statt wie bisher von 10 000 Franken. Noch schärfere Bussen blühen bei öffentlichen Aufträgen, nämlich bis zu 20 Prozent der Gesamtsumme.

Sieben Jahre temporär

GENF. Da staunte die Unia nicht schlecht. Als sie den Flughafen Genf wegen systematischer Temporärbeschäftigung seines Buspersonals kritisierte, rechtfertigte sich das selbständige öffentliche Unternehmen wie folgt: Diese Massnahme habe man erst 2012, und zwar bloss wegen der Bauarbeiten am neuen Osttrakt, eingeführt. Und mit der Eröffnung des Trakts im Jahr 2021 sei es damit bereits wieder vorbei. In Wirklichkeit sind schon heute einige der Chauffeure seit 7 Jahren «temporär» beim Personalverleiher Adecco angestellt. Obwohl sie exakt dieselbe Arbeit erledigen, verdienen sie nach eigenen Aussagen bis zur Hälfte weniger als die Festangestellten. Und diese machen nur noch 60 Prozent der Belegschaft aus.

FOTO: STEPHANIE LECOCQ

Noch immer ist die Eisenbahnwelt eine Männerwelt. Das soll sich nun ändern.

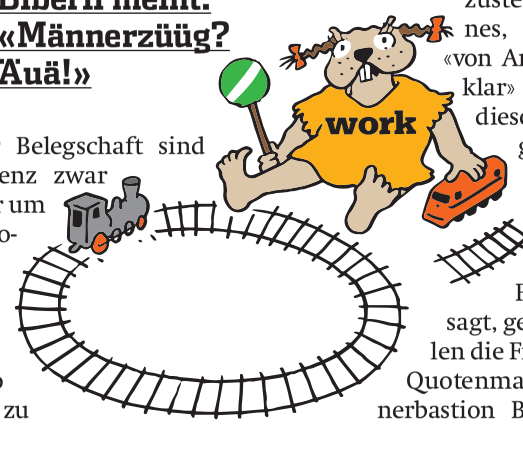
Giorgio Tuti und neun Frauen stellen die Bähnlerwelt auf den Kopf

SEV-Chef Giorgio Tuti ist auch oberster EU-Bahngewerkschafter. Mit Kolleginnen zusammen hat er jetzt einen gewieften Gleichstellungsplan ausgeheckt.

JONAS KOMPOSCH

Jetzt geht Giorgio Tuti (55) auf tutti, deshalb ist er nach Brüssel gefahren. Aber nicht alleine. Neun Frauen begleiten den obersten Bähnlergewerkschafter der Schweiz und der EU. Sie alle sind kampferprobte Bahngewerkschafterinnen aus Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Belgien, England, Kroatien und Bulgarien. Tuti, der Hahn im Korb? Ja, aber die Gründe für die Frauen-Entourage sind hochpolitisch. Schliesslich sind weibliche Bahnangestellte in ganz Europa eine Seltenheit (siehe Box). Auch bei den SBB: Nur gerade 2,8 Prozent der Triebfahrzeugführenden der SBB sind Frauen. Das sind keine 100 Lokführerinnen. Nur wenig besser sind die Gesamtzahlen der SBB: Bloss 17,3 Prozent der Belegschaft sind weiblich – Tendenz zwar steigend, aber nur um magere zwei Promille pro Jahr. Dieses Schneckentempo bei der Gleichstellung gibt Giorgio Tuti schon lange zu denken. Er sagt: «So kann es nicht weitergehen!» Das findet auch die 700 000 Mitglieder starke Eisenbahnsektion der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF). Und die präsidiert seit zwei Jahren der Schweizer Tuti. Ihm kam daher die Aufgabe zu, eine Verhandlungsdelegation zusammenzustellen. Und eines, sagt Tuti, sei «von Anfang an glasklar» gewesen: «Für diese Verhandlungen nehme ich nur Direktbetroffene mit, also ausschliesslich Frauen.» Gesagt, getan: Jetzt wollen die Frauen und der Quotenmann die Männerbastion Bahn auf den Kopf stellen. Mit viel Power: Das Gruppenfoto jedenfalls fährt 1. Klasse.

Biberli meint: «Männerzüüg? Äuä!»



EIN DEUTSCHER AUSRASTER

Die Mission von Tutis Delegation: dem Verband der europäischen Bahnunternehmen (CER) einen bindenden Vertrag abringen. Das wäre ein Durchbruch, denn auf einen solchen Vertrag hat sich CER vor 15 Jahren zum letzten Mal eingelassen. Und mit einem Abkommen würden sich die Eisenbahnkonzerne verpflichten. Etwa zu konkreten Massnahmen zur Frauenförderung, zur Lohngleichheit oder zu Geschlechterquoten. Das sei eigentlich schon lange überfällig, meint Tuti. Die bisherigen Diskussionen mit den Unternehmen hätten aber bloss zu unverbindlichen Empfehlungen und zu einem Haufen statistischem Material geführt. Tuti ist überzeugt: «Das alleine bringt nicht eine Frau mehr in den ÖV.» An einem dieser runden Tische mit den Konzernen habe es schliesslich einem deutschen Kollegen den Hut gelupft. «Er schlug plötzlich mit der Faust auf den Tisch», erzählt Tuti, «und sagte: ‹Die deprimierenden Zahlen kennen wir langsam. Jetzt muss es konkret werden!›» Das wirkte. Die Bahnunternehmen stimmten der Schaffung einer Taskforce zu und delegierten fünf Chefs und drei Chefinnen. Ihnen steht nun die Frauendelegation Tuti gegenüber. Und die hat einen Trumpf im Ärmel.

AKUTER PERSONALMANGEL

Ein Problem teilen nämlich sämtliche Bahnen Europas: Die Babyboom-Generation geht in Rente, die Digitalisierung ruft, und das erhöhte Umweltbewusstsein wird zu mehr Zugverkehr führen. Daher brauchen die Bahnen bald tausendfach neues und gut ausgebildetes Fachpersonal. Zum Beispiel die SBB: Sie müssen in den nächsten 4 bis 6 Jahren rund einen Drittel des Personals ersetzen. Doch Lokführer gibt es nicht einfach so auf dem Arbeitsmarkt. Das musste auch die Deutsche Bahn einsehen. Im vergangenen Jahr wollte sie 19 000 neue Leute rekrutieren – und verfehlte das Ziel bei weitem. Daher dürfte es langsam auch den Unternehmen dämmern. Tuti sagt: «Jetzt ist unser Moment!» Tatsächlich bleibt den Bahnen kaum eine Wahl. Sie müssen schleunigst attraktiver werden – besonders für Frauen, müssen etwa Teilzeitmodelle anbieten, ein geschlechtergerechtes Klima schaffen und auch weiblichen Angestellten Karrierechancen bieten. Immerhin: Nach einem Beispiel für fortschrittliche Geschlechterpolitik brauchen sich die Bahnchefs nicht lange umzusehen. Eines präsentiert sich ihnen derzeit in Brüssel: die Verhandlungsequipe Tuti. Die Gewerkschafterinnen sind daher guter Dinge. Isabell Gwenger aus Österreich sagt: «Wir sind motiviert, gut vorbereitet und mit Giorgio auf Kurs für mehr Frauen auf der Schiene!»

Die Bahnen müssen für Frauen attraktiver werden.

Europas Bahnwelt: Mann, o Mann!

80 Prozent der Bahnangestellten in Europa sind Männer. Am weiblichsten ist die Bahnwelt in ehemals sozialistischen Ländern wie der Slowakei, Polen oder Bulgarien, mit je knapp 30 Prozent Frauen. Die männlichste Bahn verkehrt in der Türkei mit nur 3,9 Prozent Frauen. Unterdurchschnittlich schneiden auch die SBB mit ihren 17,3 Prozent Frauen ab. Bis 1991 hatten die SBB weder Lokführerinnen noch Zugführerinnen.

WIDERSTAND. Dabei standen Frauen schon ab dem Jahr 1900 im Dienst der Bundesbahnen – aber bloss als Sekretärinnen, Barrierewärterinnen, Köchinnen oder Wäscherinnen. Ab den 1950ern wurden «Gehilfinnen» auch am Gepäck- oder Billettschalter eingesetzt. Aber vom Technischen, dem Aussendienst und den Maschinen schlossen viele Bähnler die vermeintlichen Konkurrentinnen aus. So lehnte die Standesorganisation der Lokführer (VSLF) noch Anfang der 2000er Jahre die Teilzeitausbildung für Lokführende ab. Eine solche hätte den Berufseinstieg für Frauen erleichtert. (jok)

Die Briefträgerin & die Reklamationen

Wo gehobelt wird, fallen Späne. Wo gearbeitet wird, werden auch Fehler gemacht. Einige sind un-, andere schwerverzeihlich. Viele entpuppen sich bei entspanntem Hinsehen als Bagatellen.

Es gibt bei der Postzustellung etliche mögliche Fehler wie bei jeder Arbeit und in jedem Beruf. Je mehr Zeit und Ruhe den Arbeiten-

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

den gewährt wird, je mehr Spielraum, die eigene Arbeitsweise anzuwenden, desto kleiner ist die Fehlergefahr. Davon bleibt die Briefträgerin überzeugt.

Manchmal wird moniert, die Zustellerin, der Zusteller habe nach dem Läuten nicht lang genug gewartet, sondern gleich einen

«Briefträgerinnen sind im Herausfischen von Briefen so geschickt wie im Einwerfen.»

Avis in den Kasten gelegt. Das ist manchmal so. Und manchmal war die Empfängerin grad auf dem Balkon, der Empfänger in der Waschküche – sie wissen es nur nicht mehr.

KOPFLOS DURCH STRESS. Von den Fehlern, die Briefträgerinnen und Briefträgern passieren, sind die Verwechslungen von Bankkorrespondenzen bei der «Empfängerkundschaft» am unbeliebtesten. Wie viel man hat, ist in der Schweiz ein gehütetes Geheimnis, immer noch. Verwechslungen sind auch lästig, wenn sie verfeindete Nachbarinnen, Nachbarn betreffen. Nicht selten werden die Brieftragenden über die nachbarschaftlichen Verhältnisse ins Bild gesetzt, manche Leute erzählen gern aus ihrem Leben, wenn die Postbotin zweimal klingelt. Oder mit Postversenken beschäftigt ist.

Ein A-Brief im falschen Kasten kann verspätete Information über Wichtiges bedeuten. Das ist unangenehm.

«Wenn's pressiert, dann passiert's» – dieser Sinnspruch gilt auch hier. Manchmal sind Stress und daraus resultierend Kopflosigkeit der Grund, dass Post nicht richtig zugestellt wird. Manchmal sind Auge und Hirn schon bei der Adresse der nächsten Sendung auf der Beige. Die Hand folgt dann dieser Information und wirft, was sie hält – in den falschen Kasten. Oft reagiert das Gehirn immerhin schnell und meldet: «Fehler!» Immer wieder faszinierend, dieses wechselwirksame Zusammenspiel von Intellekt und Sinnen. – Briefträgerinnen und Briefträger sind im Herausfischen von Briefen so geschickt wie im Einwerfen.

Hier noch im O-Ton der Briefträgerin liebste Reklamation: «Bitte werfen Sie nicht andauernd Post für andere Personen/irgendwelche Organisationen in unsern Briefkasten.»

Jedesmal, wenn die Briefträgerin diesen an einen Kasten geklebten Zettel liest, muss sie lachen. Selbst an unerfreulichen Tagen. Der Reklamation sei's gedankt.

Überstunden, Einsatzpläne in letzter Minute und verspätete Löhne

Davoser Wirt schlampt: Ein Fall für die Restaurant-Kontrolleurin

Die reinste «Ausbeuterei» sei das gewesen, sagen die Servicemitarbeitenden Eric Berger* und Anita Wirz*. Doch sie wussten sich zu helfen. Mit Erfolg!

CHRISTIAN EGG

Eric Berger freut sich: Seit dem Frühling konnte er schon dreimal Ferien machen, total vier Wochen. Und bald kommt nochmals eine Woche dazu. Das gab's früher nie: Der Restaurantmitarbeiter musste ständig Überstunden machen, am Schluss hatte er 300 angehäuft. Abbauen konnte er sie nicht.

Auch seine Kollegin Anita Wirz, die im selben Restaurant in Davos GR arbeitet, sagt: «Da ist vieles nicht korrekt gelaufen. Es war eine Ausbeuterei!» So hätten sie die Einsatzpläne viel zu knapp erhalten: Immer erst am Sonntag erfuhren sie, wie sie ab Montag arbeiten mussten. Und die Löhne kamen auch immer erst nach Ende Monat. Berger sagt: «Ich will meine Rechnungen pünktlich bezahlen. Aber wenn ich den Lohn erst am 10. des nächsten Monats erhalte, kommen schon die ersten Mahnungen.»

Diesen Frühling dann hatten Berger und Wirz die Nase endgültig voll: «So geht das nicht weiter!» beschlossen sie und wandten sich an die Unia. Die Gewerkschafterin Angela Thiele von der Unia Rhätia-Linth klärte den Fall ab und reichte eine Verbandsklage bei der Aufsichtskommission ein (siehe Kasten rechts). Ab da ging alles schnell: Schon vier Wochen später kam eine Kontrolleurin ins Restaurant. Und sie war hartnäckig.

DER CHEF IST GEFORDERT

Anita Wirz erzählt: «Sie ging zum Chef ins Büro und blieb fast den ganzen Morgen dort.» Einmal sei der Chef rausgekommen und habe geseufzt, die Kontrolleurin wolle alles ganz genau wissen. Recht so, dachte Wirz – aber sie hockte aufs

FOTO: MARKO NOVKOV/ EYEEM/ GETTY

NACH DER BETRIEBSKONTROLLE: Servicemitarbeitende in einer Davoser Beiz arbeiten wieder mit besserer Laune, «weil wir wissen, dass es jetzt korrekt ist».

Maul: «Ich wollte dem Chef nicht auf die Nase binden, dass wir die Kontrolle veranlasst haben.»

Unia-Frau Thiele bestätigt: «Bei einer Verbandsklage erfährt der Betrieb nicht, wer die Kontrolle veranlasst hat. Leider wissen viele nicht, dass es diese Möglichkeit

«Der Betrieb erfährt nicht, wer die Kontrolle veranlasst hat.»

ANGELA THIELE, UNIA

gibt.» Die Aufsichtskommission ist nämlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Für Wirz und Berger war das wichtig. Beide sind überzeugt: Sonst wären sie ihren Job jetzt los.

Stattdessen freuen sie sich, dass sich seit der Kontrolle vieles gebessert hat. Sie können endlich Überstunden abbauen, die Löhne kommen früher, die Arbeitspläne auch. Zwar noch nicht zwei Wochen im voraus, wie es der Gesamtarbeitsvertrag vorsieht. Aber Berger sagt: «Die Richtung stimmt.»

ZU VIEL GEARBEITET

Die Kontrolle brachte auch ans Licht, dass die Mitarbeitenden zu Unrecht 43,5 Stunden pro Woche chrampfen mussten. Das geht nur mit einer Bewilligung als Saisonbetrieb – und die hatte das Davoser Restaurant nicht. Ohne diese Bewilligung sind maximal 42 Stunden erlaubt. Jetzt bekommen alle die zu viel gearbeiteten Stunden gutgeschrieben.

Berger lacht und sagt: «Jetzt gehen wir mit einer besseren Laune arbeiten. Weil wir wissen, dass es jetzt korrekt ist.»

* Namen geändert

Betriebskontrollen: So geht's

Exakt 5223 Restaurants und Hotels hat die Aufsichtskommission für den Landes-GAV des Gastgewerbes 2018 kontrolliert. Neben Stichproben und Nachkontrollen wird die Kommission auch aufgrund von Klagen aktiv. Und stellt immer wieder Verletzungen des GAV fest: bei den Stichproben bei rund einem Drittel der Betriebe, bei den Klagen sogar bei der Mehrheit. Klagen können Mitarbeitende im Gastgewerbe entweder als Privatpersonen oder, wenn sie Unia-Mitglieder sind, via die Unia. Letzteres hat den Vorteil, dass ihre Angaben vertraulich behandelt werden.

KLAGE. Und so geht's: Nehmen Sie mit Ihrer Unia-Sektion Kontakt auf. Die Unia wird Sie um Belege bitten, etwa Lohnausweise oder Einsatzpläne, und diese prüfen. Ist der GAV verletzt, reicht die Unia die Klage ein, und der Betrieb wird kontrolliert.
Alle Branchen und Betriebe mit GAV haben übrigens eine Aufsichtskommission, die die Einhaltung des GAV überwacht. Das Vorgehen ist je nach GAV etwas unterschiedlich. Auch hier gilt: Wenden Sie sich an Ihre Unia-Sektion. (che)

Nach dem Frauenstreik kommt der Lohnprotest

Diesen Herbst ist Frauenzahltag

Berufsfrauen arbeiten in der Schweiz genau 71,5 Tage gratis, weil sie weniger verdienen als Männer. Und lassen sich das nicht mehr gefallen.

PATRICIA D'INCAU

Eigentlich steht der Liegestuhl ja schon eingewintert im Keller. Aber am 21. Oktober holt Frau ihn wieder hervor. Nicht zum «Sünnele», sondern zum Protest-Faulenzen. Denn von diesem Tag an bis

Ab Berufseinstieg verdienen Männer bis zu 5 Prozent mehr.

Ende Jahr verdienen Frauen in der Schweiz für ihre Arbeit genau nichts, gemessen an den männlichen Kollegen.

FAULE AUSREDEN

Durchschnittlich 19,6 Prozent beträgt der Lohngraben zwischen Mann und Frau noch immer. Ein Skandal, von dem rechte Politikerinnen und Politiker immer wieder frech behaupten: Die Frauen seien selber schuld. Schliesslich würden sie nach der Geburt eines Kindes weniger arbeiten, den Männern dadurch bei der Berufserfahrung hinterherhinken und deshalb weniger verdienen.

Das ist nicht nur dreist, sondern auch falsch. Um ganze 650 Franken wird jede Lohnabhängige pro Monat geprellt, einzig, weil sie eine Frau ist. Das hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) exklusiv für work berechnet **(rebrand.ly/luxusferien).** Und: Der Lohnunterschied beginnt lange vor der Familiengründung. Schon ab Berufseinstieg werden Männer um bis zu 5 Prozent besser bezahlt. Das belegt eine neue Studie **(rebrand.ly/lohnstudie).** Dazu kommt, dass Frauen nach wie vor den Grossteil der unbezahlten Haus- und Care-Arbeit leisten. Im Wert von sagenhaften 248 Milliarden Franken pro Jahr. Während jede sechste Berufsfrau netto weniger als 4000 Franken pro Monat verdient, trotz Vollzeitarbeit. Kein Wunder also, parkieren die Frauen am 21. Oktober ihren Liegestuhl in der Fussgängerzone und «fraulenzen». Oder machen mit anderen Aktionen auf den andauernden Lohnbschiss aufmerksam. Der Aufruf dazu kommt von lokalen Frauenstreikkomitees und Gewerkschaften.

RAUS MIT DEN LIEGESTÜHLEN! Ab dem 21. Oktober dürfen Frauen fraulenzen, weil sie ab dann gratis arbeiten (Aktion am Frauenstreik von 1991). FOTO: SOZIALARCHIV

JETZT IST ZAHLTAG!

Gleichzeitig macht die Unia Druck in den Betrieben. Zurzeit laufen in allen Branchen Lohnverhandlungen. Im Fokus: höhere Frauenlöhne, Aufwertung der sogenannten Frauenberufe und griffige Massnahmen gegen Lohndiskriminierung.

Konkret fordert die Unia zwei Prozent mehr auf alle Löhne und zusätzlich mindestens 50 Franken mehr pro Monat für jede Frau. Für die Gewerkschaft ist klar: Diesen Herbst ist Frauenzahltag.

Pflegefrau Sarah Peter (32) wird schwanger – und verliert ihre Stelle

«Ich weiss bis heute nicht, warum ich gehen musste»

Als Sarah Peter schwanger wird, scheint ihr Glück perfekt. Nie wäre ihr in den Sinn gekommen, dass sie deshalb ihren Job im Berner Inselspital verlieren könnte.

PATRICIA D'INCAU

Seit acht Jahren arbeitet Sarah Peter als Pflegeassistentin am Berner Inselspital. Zuletzt in der Frauenklinik. Eine Arbeit, die sie liebt. Sie sagt: «Als ich schwanger wurde, war für mich klar, dass ich nach dem Mutterschaftsurlaub wieder zurück in den Job will.» Ihr 70-Prozent-Pensum möchte sie aber auf 50 Prozent reduzieren. Peter ist sich sicher, dass das gehen werde. Schliesslich wirbt die Insel mit Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Frauenklinik damit, dass sie Teilzeitstellen fördert.

GROSSER SCHOCK

Doch dann kommt alles anders. Im Januar 2019 informiert Peter ihre Chefin, dass sie nach der Geburt weniger arbeiten wolle. Peter: «Diese antwortete, dass sie darüber mit der Sektorleiterin sprechen müsse.» Danach hört die Pflegefrau nichts mehr. Bis ihre Chefin sie zu sich ruft, um ein Formular zum Mutterschaftsurlaub auszufüllen. Peter erzählt: «Ich fragte zuerst: ‹Habe ich meine Stelle nach dem Urlaub noch?› Und meine Chefin antwortete: ‹Ah, nein, du musst kündigen.›» Für Peter ein Schock. Zwar habe sie gewusst, dass das Inselspital Stellen abbaue. Doch: «Uns wurde immer gesagt, wir müssten keine Angst haben.»

«Mami sein und berufstätig wird uns verwehrt.»
SARAH PETER, PFLEGEFRAU

Warum sie gehen muss, erfährt Peter nicht. Mehrmals habe sie nachgefragt, aber: «Bis heute habe ich keine klare Antwort bekommen.» Genauso wenig wie auf die Frage, warum sie selbst kündigen solle. Peter weiss: «Wenn schon, müssten sie mir kündigen.» Ein Anruf beim Rechtsschutz bestätigt das. Doch bei der Personalabteilung der Insel sei ihr darauf gesagt worden, der Rechtsschutz habe sie «falsch informiert». Irgendwann wird es Sarah Peter zu viel: «Ich hatte Angst, dass ich noch mehr Probleme bekäme.» Also kündigt sie. Und damit ist die Insel aus dem Schneider. Denn: Das Spital darf Schwangere nicht entlassen. Es gilt ein absoluter Kündigungsschutz, bis zur Geburt und 16 Wochen danach. Aber auch später ist eine Kündigung wegen Mutterschaft verboten. So steht es im Gleichstellungsgesetz – und dieses dürfte die Insel kennen. Schliesslich verlor sie letztes Jahr einen langwierigen Rechtsstreit wegen Diskriminierung mit der Ärztin Nathalie Urwyler.

GESETZ UMGANGEN?

Rechtlich wehren kann sich Peter nun nicht mehr. Für sie ist aber klar: Sie musste gehen, weil sie Mutter wurde. Peter sagt: «Ich hatte gedacht, dass das in der Schweiz möglich sei: Mami sein und berufstätig. Jetzt weiss ich: Es wird uns verwehrt. Oder zumindest nicht gefördert.» Noch bis Ende Oktober ist Pflegefrau Peter jetzt im Mutterschaftsurlaub. Dann ist sie arbeitslos. «Natürlich ist es schön, die Zeit mit meiner Tochter zu verbringen», meint sie. Aber: «Jetzt muss ich mit jeder Rechnung zu meinem Mann und fragen: ‹Schatz, könntest du mir Geld geben?›» Das habe sie nie gewollt.

Auch wenn sie die Dinge jetzt positiv sehen wolle, sagt Peter: «Mir ist es wichtig, meine Geschichte zu erzählen. Nicht wegen mir. Sondern wegen all der anderen Frauen, denen es gleich ergeht.» Gerade auch in der Frauenklinik, wo es für schwangere Mitarbeiterinnen oft besonders schwierig sei. Peter weiss: Schwangere müssten sich alle paar Stunden hinlegen können, «aber es hat dort nirgends ein Bett für dich». Auch ein Stillzimmer fehle. Und manchmal mussten schwangere Pflegerinnen noch mehr Patientinnen betreuen, nachdem sie um weniger gebeten hätten. Peter findet das absurd, denn: «Das Frauenspital kümmert sich um schwangere Patientinnen. Aber wenn du als Mitarbeiterin schwanger wirst, dann hast du halt Pech gehabt.» Klar ist für die Pflegefrau auch: Darunter leiden letztlich auch die Patientinnen.

Im Mai hatte Sarah Peter ihren letzten Arbeitstag, danach war sie krank geschrieben. Als sie dann erfährt, dass die Frauenklinik den Frauenstreik unterstütze, ist sie baff. Peter: «Ich dachte nur: Ihr macht Werbung für Gleichstellung, und gleichzeitig hat eine eurer Angestellten den Job verloren, weil sie Mutter wird.»

Und doch: Die neue Frauenbewegung gibt Peter Mut: «Ich weiss jetzt, dass ich nicht alleine bin.» Und dass sich die Frauen wehren müssen, damit sich endlich etwas ändert. Für Peter ist klar: «Ich will meinen Teil dazu beitragen. Deshalb stehe ich hin. Damit keine Frau mehr arbeitslos wird, nur weil sie Mutter ist.»

SARAH PETER: «Ich will meinen Teil dazu beitragen. Deshalb stehe ich hin. Damit keine Frau mehr arbeitslos wird, nur weil sie Mutter ist.» FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Fall Peter: Das sagt das Inselspital in Bern

Die Insel-Gruppe schreibt auf Anfrage, Sarah Peter sei «umfassend aufgeklärt» worden, dass sie kündigen müsse, «wenn sie nicht zu 70 Prozent weiterarbeiten möchte». Unter dem Hinweis, dass Peter ein halbes Jahr unbezahlten Urlaub hätte beziehen können. Eine Pensenreduktion sei «betrieblich» nicht möglich gewesen. Die Stelle sei neu besetzt worden, mit einem Pensum von 90 Prozent.

(K)EIN STILLZIMMER. Die Insel weist den Vorwurf, dass schwangeren Angestellten Mehrarbeit aufgebürdet werde, «entschieden zurück». Eingeräumt wird, dass es im Frauenspital nach seinem Umzug vor fast 1,5 Jahren bisher «noch kein spezifisches Zimmer für die Liege- und Stillmöglichkeit» gebe. Allerdings: «Ab nächster Woche steht ein offizielles Stillzimmer zur Verfügung.» (pdi)

Mutterschaft: Jede 7. Frau muss die Firma verlassen

Keine Frau darf diskriminiert werden, weil sie Frau ist und schwanger werden kann. Das steht seit fast 40 Jahren in der Bundesverfassung. Und seit 23 Jahren im Gleichstellungsgesetz. Vielen Firmen ist das aber egal. Sie stellen junge Mütter schamlos vor die Tür.

2500 ENTLASSENE. Das zeigt eine Untersuchung des Berner Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS). Studienautorin Melania Rudin fand heraus: Jede siebte Frau hat nach dem Mutterschaftsurlaub ihren bisherigen Job nicht mehr – unfreiwillig. In 11 Prozent der Fälle ist der Grund eine Kündigung oder weil die Firma das Pensum nicht reduzieren lässt. Weitere 4 Prozent der Frauen können nicht wieder zur Arbeit, weil sie keine Kinderbetreuung finden oder Gesundheitsprobleme haben.

MUTTERSCHUTZ
Lesen Sie mehr über Ihre **Rechte als Schwangere und Mutter** auf Seite 14/15.

Genauer nach dem Grund «Kündigung» gefragt, gaben 3 Prozent der jungen Mütter an, dass sie vom Unternehmen entlassen worden seien. Das sind hochgerechnet rund 2500 Frauen pro Jahr, denen wegen Mutterschaft gekündigt wird. Weitere 6 Prozent der Befragten sagten, von sich aus gekündigt zu haben. Wobei laut Studienautorin Rudin unklar ist, wie oft dies auf Drängen des Unternehmens geschah.

Der Frauenstreik vom 14. Juni brachte das Ausmass der Diskriminierung ans Licht. Um die Situation von jungen Müttern zu verbessern, sind im Parlament nun mehrere Vorstösse hängig. Gefordert wird etwa eine Verlängerung des Kündigungsschutzes auf 32 Wochen nach der Geburt sowie höhere Sanktionen für Firmen, die Frauen widerrechtlich entlassen. (pdi)

la suisse existe
Jean Ziegler

IGNAZIO CASSIS: AUFWACHEN!

Kürzlich läutete bei mir in Russin GE an einem Sonntagabend das Telefon. Am Apparat Felix Peña Ramos, der venezolanische Botschafter beim Uno-Menschenrechtsrat. «Compañero Professor, ich muss Sie unbedingt sprechen ...nein, nicht am Telefon, sondern direkt, persönlich.»

SCHWEIZER BOYKOTT VENEZUELAS. *Zwei Tage später trafen wir uns mittags in einer diskreten Ecke des Cafés Le Lyrique. Peña zog einen Brief der UBS aus einer Mappe. Die Grossbank teilte der venezolanischen Botschaft mit, dass sie ab sofort keine Zahlungsanweisungen mehr von venezolanischen Behörden ausführen werde. Die Löhne, die Miete und die sonstigen Ausgaben der Mission Venezuelas am europäischen Uno-Sitz in Genf können damit nicht mehr aus Caracas überwiesen werden.*

Die Unterwerfung des Bundesrats unter Trumps Sanktionen ist skandalös – und für Genf höchst gefährlich.

Ich riet zum Wechsel zur Postbank, die im Besitz der Eidgenossenschaft ist. Doch auch sie lehnte ab. Wenig später traf ich den venezolanischen Aussenminister Jorge Arreaza. Seine Frage: «Wie kann eure Regierung eine solche Verletzung des Völkerrechts stillschweigend hinnehmen?»
Arreaza hat recht: Die Wiener Verträge, welche die Beziehungen zwischen dem Gastland Schweiz und der Uno regeln, verpflichten unser Land, «befriedigende» Arbeitsbedingungen für die in Genf akkreditierten Missionen zu garantieren.
Das internationale Genf ist unter permanentem Druck: Kopenhagen, Wien, Nairobi und andere versuchen, internationale Organisationen aus Genf abzuwerben. Sie tun das häufig mit Erfolg, dank ausserordentlich grosszügigen finanziellen Angeboten.
Venezuela wird dem helvetischen Boykott begegnen, so wie es schon seit Jahren Kuba tut: Diplomatische Kuriere werden künftig die Gelder für die Botschaften in Genf und Bern in bar überbringen.
In Genf hat die Schweiz mit Valentin Zellweger einen ausserordentlich energischen und kompetenten Botschafter. Er tut, was er kann, um im diskreten Dialog den Konflikt zu entschärfen. Bislang mit wenig Erfolg.

VERLETZUNG DES VÖLKERRECHTS. *Die amerikanische Totalblockade gegen Venezuela schafft unsägliches Leid für Millionen Menschen. Im Exekutivorder von US-Präsident Donald Trump vom August 2017 steht ein Sonderkapitel zu «unilateralen extraterritorialen Sanktionen der sekundären Dimension». Das heisst: Sanktionen, die Drittstaaten aufgezwungen werden. Dies ist eine flagrante Verletzung des Völkerrechts.*
SP-Nationalrat Fabian Molina hat mittlerweile eine Motion im Nationalrat eingereicht, nach der der Bundesrat beauftragt wird, den in der Schweiz ansässigen diplomatischen Vertretern einen reibungslosen Zahlungsverkehr zu gewährleisten. Die Motion wurde von Abgeordneten aller im Bundesrat vertretenen Parteien mitunterzeichnet.
Doch bisher schweigt der Bundesrat. Seine passive Unterwerfung unter Trumps Sanktionen ist skandalös – und für den Uno-Standort Genf höchst gefährlich. Eine klare Verurteilung durch den Bundesrat, insbesondere durch Aussenminister Ignazio Cassis, ist dringend nötig. Es geht um die Glaubwürdigkeit unseres Landes.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein jüngstes in Deutsch erschienenes Buch heisst: «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin».

EU-Kommission

Hält Ursula, was sie verspricht?

Jean-Claude Junckers Tage sind gezählt. Der Präsident der EU-Kommission tritt nach fünf Jahren ab. Ein Grund zur Freude? Den Abgang seines Vorgängers, José Manuel Barroso, begleiteten die Gewerkschaften mit lautem Schimpfen. Er hatte Portugal, Irland und Griechenland in die Schuldknechtschaft gejagt. Er trieb die Deregulierung der Arbeits-

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

beziehungen voran und den Sozialabbau. 20 Millionen Menschen wurden arbeitslos.

Junker wusste bei seinem Antritt, dass die EU bei den Leuten angezählt ist. «Kommission der letzten Chance» nannte er seine Regierung und verteilte auf alle Seiten Küsschen. Den Gewerkschaften versprach er Arbeitsplätze, die Bekämpfung des Lohndumpings, einen europäischen Mindestlohn. Nach fünf Jahren wissen wir: Es war viel warme Luft. Sein Investitionsplan zur Schaffung von Arbeitsplätzen blieb mickrig, immer noch sind fünfzehn Millionen Menschen arbeitslos. Der Mindestlohn ging vergessen. Immerhin gibt es jetzt soziale Reformen: einen minimalen Elternurlaub, die Europäische Arbeitsbehörde, Massnahmen gegen Lohndumping. Auf dem falschen Fuss erwischte Juncker jedoch die Flüchtlingspolitik. Seine Kommission hing hilflos in der Luft, weil die meisten Mitgliedstaaten blockten.

Auch von der Leyen kann alleine nicht liefern.

KLIMA UND LÖHNE. Nun kommt die «Neue», EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Auch ihr Programm ist voller schöner Punkte. Als dringlichste Aufgabe bezeichnet sie die «ökologische Wende». Und sagt: «Europa soll der erste klimaneutrale Kontinent werden.» Ein europäisches Gesetz soll die Senkung der CO_2-Emissionen beschleunigen. Ein «Fonds für einen fairen Übergang» hilft verhindern, dass einzelne Regionen oder Gruppen in Mitleidenschaft gezogen werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Lohn. «Jeder Mensch, der Vollzeit arbeitet soll einen Mindestlohn erhalten, der einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht.» Ein «gerechter Mindestlohn» soll dies verbindlich sicherstellen.

Gegen diese Projekte der EU-Kommission werden starke Kräfte Sturm laufen. Reiche, die zahlen müssten, und Politiker, die den Staat weiter auf Schmalkost halten möchten. Sie werden auch von der Leyen zeigen wollen, wo die Macht hockt: nicht in der EU-Kommission, sondern bei den potenten Unternehmen und bei den Regierungen in Berlin, Paris, Warschau usw. Ursula, wie sie genannt wird, kann alleine nicht liefern. Es braucht den Druck von der Klimabewegung und den Gewerkschaften.

UNIA online

FOTO: UNIA

Gartenbau: Offener Brief an die öffentliche Hand

Dumpingfirmen machen im Gartenbau nicht nur Löhne und Arbeitsbedingungen kaputt, sondern die Branche als Ganzes. Gärtner und Gärtnerinnen fordern von der öffentlichen Hand die Vergabe von Gärtnerarbeiten nur an faire Firmen! Jetzt unterzeichnen:
www.unia.ch/offener-brief

Völkerrechtswidriger Angriffskrieg der Türkei gegen kurdische Gebiete

Wirtschaft und Bundesrat sehen nur das Geschäft mit der Türkei

Die Schweizer Industrie ist mit der Türkei dick im Geschäft. Sie lieferte und liefert Bosporus-Diktator Recep Tayyip Erdoğan Maschinen, Chemie – und Waffen.

PATRICIA D'INCAU

Während türkische Bomben in Nordsyrien Hunderte Menschen töten, Kinder verstümmeln und Spitäler zerstören, macht sich Economiesuisse-Mann Jan Atteslander Sorgen ums Geschäft.

Am 13. Oktober forderte er im «Tages-Anzeiger»: Die Schweiz soll mit der Türkei im Dialog bleiben. Und meinte damit: Der Bundesrat soll jetzt das Freihandelsabkommen mit der Türkei ratifizieren. Dieses hatten die beiden Länder letztes Jahr neu ausgehandelt. Der Gewerkschaftsbund und linke Parteien und lehnen es ab. Und fordern griffige Massnahmen zum Schutz der Menschenrechte.

BOMBEN ÜBER NORDSYRIEN: Und die Schweiz geschäftet mit. FOTO: AFP

MASCHINEN, PHARMA, WAFFEN

Diese Kritik wird jetzt wieder laut. Schliesslich verletzt die Türkei mit dem Angriffskrieg in Syrien das Völkerrecht. Doch für die Schweizer Wirtschaft ist das offenbar kein Problem. Sie ist der Türkei nämlich schon jetzt eine wichtige Stütze: 2017 investierte sie dort 2,6 Milliarden Franken und belegte damit Platz acht der wichtigsten ausländischen Financiers. Zuletzt betrieben die Türkei und die Schweiz Handel im Wert von rund 5,2 Milliarden Franken.

Bis 2017 versorgte die Schweiz die Türkei mit Bomben, Torpedos, Raketen, Flugkörpern & Co.

Während sich die Schweiz in der Türkei vor allem mit Textilien und Autoteilen eindeckt, bestellt Ankara aus der Schweiz vornehmlich Maschinen, Pharma und Chemie. Und Kriegsmaterial. Zwar hat die Schweiz die Exporte 2017 eingeschränkt, nachdem Erdoğan die kurdische Bevölkerung in der Türkei und in der syrischen Stadt Afrin angegriffen hatte. Doch in den Jahren zuvor versorgte die Schweizer Waffenindustrie die Türkei mit Bomben, Torpedos, Raketen, Flugkörpern, Sprengstoff und Munition.

Und es hätte noch schlimmer kommen können. Schliesslich wollte der Bundesrat letztes Jahr den Export von Rüstungsgütern wieder lockern. So dass die Waffenfirmen auch Bürgerkriegsländer beliefern könnten. Ganz im Interesse des Thurgauer Unternehmens Mowag, bei dem die Türkei Panzerfahrzeuge kaufen wollte. Im letzten Moment stoppte eine Protestwelle im Parlament und in der Bevölkerung die Exportlockerung.

BANKEN PROFITIEREN

Trotzdem mischt die Schweiz im Krieg weiter mit: Banken und Pensionskassen investieren weltweit in Rüstungsfirmen. Auch die Schweizerische Nationalbank (SNB). Die ist laut GSoA an bis zu 100 Kriegsunternehmen beteiligt. Bis 2017 auch am US-Konzern Lockheed Martin. Von diesem stammen die Kampfjets, mit denen die Türkei jetzt ihre Angriffe in Nordsyrien fliegt.

Ein breites Bündnis fordert, dass wenigstens die Rüstungsinvestments von SNB und Pensionskassen verboten werden. Die sogenannte Kriegsgeschäfte-Initiative ist bereits eingereicht. Allerdings: Der Bundesrat lehnt sie ohne Gegenvorschlag ab. Geht es nach ihm, sollen SNB und Pensionskassen weiter in Krieg investieren können.

Ob die Regierung jetzt wenigstens das Freihandelsabkommen mit der Türkei überdenkt, ist bei Redaktionsschluss noch offen. Genauso wie viele andere Fragen: Wie viele Bomben werden noch fallen? Wie viele Menschen getötet? Wie viele Kinder verstümmelt?

Rojava: Krieg gegen Kurden

«Operation Friedensquelle» nennt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan den Angriffskrieg auf Nordsyrien zynisch. Am 9. Oktober flogen seine Streitkräfte erste Luftangriffe. Rund vierundzwanzig Stunden später ist die türkische Armee einmarschiert. An ihrer Seite: «Gotteskrieger» des Islamischen Staats, die bisher in der Türkei im Gefängnis sassen. Und jetzt freigelassen wurden, um gegen die Kurdinnen und Kurden zu kämpfen.

AUTONOMIE. Beim türkischen Angriff geht es nicht nur um Territorium, sondern auch um Ideologie. Denn: Mitten im Syrienkrieg haben Kurdinnen und Kurden zusammen mit weiteren Volksgruppen – unabhängig von Ethnie und Religion – die Autonome Föderation Nordsyrien ausgerufen. Kurz: Rojava. Kein Staat, aber ein unabhängiges Gebiet. Aufgebaut auf den Grundsätzen der Gleichstellung, Demokratie und Ökologie. Ein fortschrittliches Projekt – direkt vor der Haustür des autoritär regierenden türkischen Präsidenten. (pdi)

Wallis: Autozulieferer Adatis zahlt Monatslöhne von 2670 Franken netto

Arbeitsbedingungen wie aus anderen Zeiten

Die Autozuliefererfirma Adatis bezahlt lausige Löhne. Die Unia macht das publik, Adatis antwortet prompt mit einem Strauss von Klagen.

CHRISTIAN EGG

Gerade mal 3000 Franken brutto für eine Vollzeitstelle. Ergibt netto 2670 Franken. Ausserdem: kein 13. Monatslohn und nur vier Wochen Ferien. Zu diesen Bedingungen müssen 15 Mitarbeitende im Wallis Plasticteile für die Autoindustrie herstellen. Vor allem Frauen sind von den Tieflöhnen betroffen. Ihr Arbeitgeber ist die Firma Adatis. Fürs Ansiedeln der Fabrik mit 60 Arbeitsplätzen erhielt sie vor knapp 20 Jahren Steuererleichterungen von der Gemeinde Martingy und vom Kanton.

Schon im April machte die Unia diese Löhne publik (work berichtete). Nichts passierte. Deshalb informierte die Unia den deutschen Industriekonzern Bosch. Er ist einer der wichtigsten Abnehmer von Adatis.

DRUCKVERSUCHE: Autozuliefererfirma Adatis in Martigny VS. FOTO: ZVG

STRAFKLAGE. Jetzt reagiert Adatis. Aber nicht etwa mit besseren Löhnen. Sondern mit einer Strafklage gegen die Unia. Gleich einen ganzen Strauss von Strafartikeln präsentieren die Firmenjuristen: Ehrverletzung, Verleumdung, unlauterer Wettbewerb, Nötigung. Blaise Carron von der Unia Wallis musste deswegen kürzlich bei der Polizei antraben. Er kann über das Vorgehen der Firma nur den Kopf schütteln: «Wer solche Löhne zahlt, hätte doch Besseres zu tun, als zu klagen.» Mundtot machen lässt er sich sowieso nicht. Im Gegenteil: Er kritisiert den Druckversuch der Firma umgehend in einem weiteren Mediencommuniqué. Die Arbeitsbedingungen in Martigny seien «wie aus einer anderen Zeit», von solchen Löhnen könne niemand leben. Gegenüber work wollte Adatis nicht Stellung nehmen.

«Anstatt bessere Löhne zu zahlen, greift Adatis lieber uns an.»

BLAISE CARRON, UNIA

Umgerechnet auf eine Stunde bekommen die betroffenen Mitarbeitenden nur gerade 16.30 Franken. Das sei meilenweit entfernt von den im Wallis üblichen Löhnen, so Carron. «Aber anstatt etwas zu ändern, greift Adatis lieber die Gewerkschaft an.»

GEWALTIGER AUFMARSCH: Fast 100 000 Leute nahmen an der ersten nationalen Klimademo in Bern teil. FOTO: ROB LEWIS

Eine CO_2-neutrale Schweiz bis 2030 ist machbar

Die Debatte zum **grossen Klima-Umbauplan**

In der letzten Ausgabe präsentierte work einen Fahrplan für den ökosozialen Umbau der Schweiz in 19 Schautafeln. Dieser Umbauplan stiess auf so grosses Interesse, dass wir das Thema in diesem work nochmals breit aufgreifen und gleichzeitig die Debatte darüber dokumentieren und weiterführen.

MARIE-JOSÉE KUHN

Die Seilbahn auf das Eggishorn im Kanton Wallis steht still. Ihre Betreiberin, die Aletsch Bahnen AG, musste den Betrieb aus Sicherheitsgründen einstellen. Weil der Permafrost auftaut. Wegen der Klimaerwärmung. Gleichzeitig mussten in Courmayeur im italienischen Aostatal die Strassen vorübergehend gesperrt werden. Denn ein Gletscher des Mont Blanc droht wegzubrechen. Auch dies wegen der Klimaerwärmung. Schneller und deutlicher, als uns lieb ist, sehen und spüren wir die Klimakrise ganz konkret. Und begreifen: Es brennt! Und nicht nur in den Wäldern des Amazonas.

Das sahen am 28. September auch gegen 100 000 Menschen so. An der Klimademo in Bern. Die Strassen, die Gassen, die Lauben und der Bundesplatz überquollen. Alle waren sie gekommen: Veganerinnen und Tierschützer; Anti-AKW-Aktivisten und Wanderwegfreundinnen; Klimajugendliche und Juso; Gewerkschafter und Biobäuerinnen usw. Es ist nach dem Frauenstreik im Sommer schon die zweite breitest abgestützte Protestbewegung in diesem Wahljahr. Hunderte selbstgebastelter Plakate hingen im Wind: «Klima über Profit!» Oder: «Fischers Fritz fischt frischen Plastik». Die Stimmung war heiter bis aufgekratzt, es gab Flashmobs und Protestgesang: «The oceans are rising. And so are we!» (Die Meeresspielgel steigen und wir auch auf die Barrikaden). Denn es gibt keinen Planeten B!

WORK-KLIMA-SCHWERPUNKT

- **Grünen-Chefin Regula Rytz** und **SP-Chef Christian Levrat** im grossen work-Klima-Test. **Seiten 8–9.**
- Klimaschutz ist ein zentrales Gewerkschaftsthema. Das haben in Italien CGIL-Chef **Maurizio Landini** und in Deutschland der abtretende Verdi-Vorsitzende **Frank Bsirske** schon lange begriffen. **Seiten 10–11.**
- Der grosse Klima-Umbauplan bewegt: Die engagierten **Reaktionen** unserer Leserinnen und Leser. **Seite 17.**

VERZICHT BRINGT UNS NICHT WEITER

Es brennt, es pressiert. Und trotzdem will der Bundesrat netto null CO_2 erst ab 2050. Zu Recht fordert die Klimabewegung die CO_2-Neutralität der Schweiz schon für 2030. Das ist realistisch, wie der grosse ökosoziale Umbauplan zeigt, den work in der letzten Ausgabe präsentiert hat **(www.workzeitung.ch/co2-neutrale-schweiz).** Wer den schnellen ökologischen Umbau will, muss auf richtige Rahmenbedingungen setzen. Auf einen Mix von Geboten, Verboten und finanziellen Anreizen, die über alles gesehen sozial- und randregionenverträglich sein müssen. Und auf den technischen Fortschritt. Denn nur ein kleiner Teil der Menschen verzichtet freiwillig auf das Fliegen oder geht vegan durchs Leben. Ein ökologischer Umbau, der auf Verzicht setzt, tut der Seele gut, aber bringt uns politisch nicht weiter.

Der work-Umbauplan ist deshalb auch nicht gegen Wirtschaftswachstum, sondern für sozialverträgliches Wachstum dank ökologischem Umbau. Die Sozialverträglichkeit ist zentral, denn niemand hat mehr Interesse an der Erreichung der Pariser Klimaziele als die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und Renten. Sie leiden am meisten, wenn es immer wärmer wird. Auf den Baustellen, in den Fabriken und Büros, in den Wohnungen, Altersheimen und Spitälern.

Der work-Umbauplan will die CO_2-Neutralität bis 2030 (ohne Kompensationen) oder bis 2023 (mit Kompensationen). Er geht davon aus, dass der schnelle ökologische Umbau Arbeitsplätze schaffen wird – auf dem Bau, in den Fabriken, an den Universitäten. Wir ersetzen den Import von Öl, Gas und Uran zu einem schönen Teil durch Arbeit und Investitionen in der Schweiz. Und das sind die wesentlichen Eckpfeiler des Umbauplans:

- Der work-Klimaplan will neben Geboten und Verboten **hohe Lenkungsabgaben mit voller Rückerstattung.** Diese können und müssen, wie in Norwegen, sozial- und randregionenverträglich ausgestaltet sein.
- Der work-Klimaplan will den **Strassenverkehr elektrifizieren, die Häuser isolieren und den Flugverkehr klimaneutral machen:** mit synthetischem Kerosin und einem Verbot von Kurzstreckenflügen unter 600 Kilometern.
- Der work-Klimaplan will einen **Mix von erneuerbaren Energien und Wind- und Solarstrom auch im Ausland produzieren.** Wer einseitig auf den Ausbau der Schweizer Solarenergie setzt, handelt sich jede Menge Probleme ein: zu viel Strom im Sommer, zu wenig Strom im Winter, verbunden mit einem gigantischen Netzausbau samt neuen Stauseen in den Alpen.
- Der work-Klimaplan will **den ökosozialen Wandel mit Geldmitteln der Nationalbank** finanzieren. Denn die Schweizer Nationalbank verfügt über ein Vermögen von 800 Milliarden Franken. 100 Milliarden davon müssen als zinsfreie, aber rückzahlbare Darlehen für den schnellen ökologischen Umbau eingesetzt werden. Ökonomisch in Zeiten der Negativzinsen ein Klacks für die Nationalbank, ökologisch ein gewaltiger Segen für die Schweiz.
- Der work-Klimaplan will **absolute Versorgungssicherheit.** Daher verlangt er Notstromaggregate nicht nur für Spitäler, sondern für alle. Mit synthetischen Treibstoffen als Sprit.

BUMSVOLL: Bern platzt aus allen Nähten. FOTO: DOMINIC BRÜGGER

VIELE, VIELE BUNTE TRANSPIS: «Klimaschutz macht Kinder froh und Erwachsene ebenso.» FOTO: JAN HOSTETTLER

SOUNDTRACK ZUR DEMO: «The oceans are rising, and

Ökosozialer Umbau: Wie fit sind die Grünen und die SP?

Rytz und Levrat im Klima-

Soll der Verkauf von Benzinautos und der Einbau neuer Gas- und Ölheizungen verboten werden? Wenn ja, bis wann? Und neun weitere brennende Fragen zur Klimapolitik an Grünen-Chefin Regula Rytz und SP-Chef Christian Levrat.

MARIE-JOSÉE KUHN

FOTO: KEYSTONE

Regula Rytz, Präsidentin Grüne
Regula Rytz (57) ist Präsidentin der Grünen und Nationalrätin. Jetzt kandidiert sie im Kanton Bern für den Ständerat. Zuvor war die Historikerin Mitglied der Berner Stadtregierung und SGB-Zentralsekretärin. Rytz lebt in der Stadt Bern.

1 Bis wann soll die Schweiz CO_2-neutral sein?

Regula Rytz: Die Klimakrise ist die grösste Herausforderung, welche die Menschheit je bewältigen musste. Die Schweiz darf deshalb nicht bis 2050 warten, um ihre Emissionen auf netto null zu senken. Sie ist ein wohlhabendes Land, das mit der Industrialisierung früh mit dem Ausstoss von Treibhausgasen begonnen hat und vom Temperaturanstieg stark betroffen ist. Bundesrat und Parlament sollen sich deshalb am ehrgeizigen Ziel orientieren, bis 2030 klimaneutral zu sein. Dazu müssen in erster Linie die Emissionen im Inland gesenkt werden. Das Ziel der Grünen ist es, den Klimagasausstoss im Inland gegenüber 1990 um mindestens 60 Prozent zu reduzieren. Dazu müssen beispielsweise die verkehrspolitischen Massnahmen im CO_2-Gesetz des Ständerates nachgebessert werden.

Ein wichtiger Hebel ist auch der Finanzplatz Schweiz. Die von ihm gesteuerten Aktivitäten verursachen ein Zwanzigfaches der einheimischen Treibhausgasemissionen. Die Finanzbranche soll Transparenz schaffen und bis 2024 festlegen, wie sie das 1,5-Grad-Ziel erreichen kann (verbindlicher Absenkpfad). Die Grünen haben dazu im CO_2-Gesetz konkrete Vorschläge gemacht. Leider hat der Ständerat sie nicht weiterverfolgt. Auch im work-Klima-Umbauplan fehlt der Finanzmarkt gänzlich. Hier muss nachgebessert werden.

Christian Levrat: So bald wie möglich, aber allerspätestens 2050.

2 Soll ein Teil des CO_2-Ausstosses kompensiert werden können? Wenn ja, wie?

Regula Rytz: Ja. Am nachhaltigsten sind die natürlichen Kohlenstoffsenken (Wälder, Begrünung und humusreiche Böden). Und ja, auch im Ausland. Zwei Drittel der Treibhausgasemissionen der Güter, die wir in der Schweiz konsumieren, entstehen bei der Produktion im Ausland. Das sind die «grauen Emissionen». Deshalb sind (abnehmende) Auslandkompensationen in den nächsten Jahren sinnvoll. Sie müssen aber zwingend einen Beitrag an die Nachhaltigkeitsziele der Uno («Sustainable Development Goals») leisten und die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung verbessern. Der WWF hat bereits Qualitätskriterien festgelegt. Ein weiterer wichtiger Hebel ist es, die Emissionen der gesamten Wertschöpfungskette bei Importen zu reduzieren. Die Grünen haben dazu in der Herbstsession eine Revision des Umweltschutzgesetzes durchgebracht. Neu darf Holz aus illegaler Abholzung nicht mehr importiert werden. Und auch für kritische Rohstoffe wie Palmöl oder Soya sind Mindestkriterien möglich. So können die im Ausland entstehenden «grauen Emissionen» vermindert werden.

Christian Levrat: Die ersten 80 Prozent der CO_2-Reduktion sind einfach zu realisieren und günstig. Diese soll man vollständig im Inland machen, hauptsächlich, indem man den Erdölverbrauch mit Effizienzsteigerung und erneuerbaren Energien in Richtung null reduziert. Wenn Kompensation darin besteht, irgendwo auf der Welt CO_2-Reduktionsprojekte einzukaufen, damit man in der Schweiz weiterhin mehr Erdöl verbrennen darf, sind wir strikt dagegen. Die letzten 20 Prozent in Richtung netto null CO_2 sind jedoch schwieriger umzusetzen.

Hier können wir uns vorstellen, dass man etwa Projekte wie die Ausscheidung von CO_2 aus der Luft dank inländischer Solarenergie oder die Aufforstung von Wüsten in Betracht zieht. Für diese letzten 20 Prozent kann die Kompensation teilweise im Ausland geschehen. Wichtig ist hier die globale Gerechtigkeit. Die Schweiz muss Entwicklungsländern helfen, ihren Wald und Boden zu schützen. Dies soll sie aber selbstlos tun und nicht als Kompensation für eigene Emissionen. Zwischen Klimaschutz und den Uno-Zielen zur nachhaltigen menschlichen Entwicklung gibt es Synergien. Das zeigt der Bericht des Weltklimarates über die globale Erwärmung.

3 Sind Sie für die volle Rückerstattung von Lenkungsabgaben? Und wenn nein, wie wollen Sie diese verwenden?

Regula Rytz: Die soziale Ausgestaltung von Lenkungsabgaben ist für uns Grüne entscheidend. Entweder werden sie vollumfänglich an die Haushalte zurückerstattet. Oder es wird so, wie heute, ein Teil in die Verbilligung von Gebäudesanierungen investiert. Dies verbunden mit einem Ausbau des Mieterschutzes.

Christian Levrat: Ja, die Lenkungsabgaben gehören pro Kopf der Bevölkerung zurückerstattet. Das ist sozial, und die Kaufkraft der Menschen wird gestärkt. Insbesondere muss dies für Lenkungsabgaben auf Treibstoffe und Brennstoffe gelten, denn diese sind grosse Posten im Budget von Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen.

4 Wollen Sie den Einbau neuer Gas- und Ölheizungen verbieten? Wenn ja, bis wann?

Regula Rytz: Ja. Wobei es weniger ein Verbot ist als das Gebot, eine alte durch eine neue Technologie zu ersetzen. Bei Neubauten ist es heute faktisch schon so weit. Wir Grüne fordern, dass ab 2030 auch bei Altbauten keine neuen fossilen Anlagen installiert werden können. Damit das sozialverträglich gelingt, muss die öffentliche Hand die Mieter und Vermieterinnen unterstützen. Wir verlangen zum Beispiel im Kanton Aargau mit einer Volksinitiative eine Erhöhung der Sanierungsquote auf drei Prozent und Investitionen in ein Gebäudeprogramm.

Christian Levrat: Ja, ab sofort für die neuen Gebäude. Für umfangreiche Sanierungen muss das Verbot relativ rasch kommen, spätestens in fünf Jahren. Was uns auch ganz wichtig ist: Für Eigentümer von Gebäuden, die besonders viel CO_2 ausstossen, braucht es eine Sanierungspflicht. Genauso wie es im Verkehr nicht angeht, mit einer Dreckschleuder umherzufahren, darf es nicht erlaubt sein, mit einer schlechten Heizung dauerhaft dem Klima zu schaden.

5 Soll der Verkauf von Autos, die Benzin oder Diesel verbrennen, verboten werden? Wenn ja, ab wann?

Regula Rytz: Ja. Wobei auch hier ist es weniger ein Verbot als der logische Ersatz einer alten durch eine neue Technologie. Ab 2030 sollen keine neuen fossil betriebenen Fahrzeuge mehr in Betrieb genommen werden. Diese Frist gibt der Automobilindustrie den Anreiz, schneller neue Antriebstechnologien zu entwickeln. Darüber hinaus müssen wir den Verkehr mit besserer Raumplanung, Digitalisierung und intelligentem Mobilitätsmanagement reduzieren.

Christian Levrat: Das allerletzte mit fossiler Energie betriebene Fahrzeug soll 2035 zugelassen werden. Danach dürfen die Fahrzeuge nur noch elektrisch fahren (mit Batterie und/oder Wasserstoff als Speichermittel). So kann sichergestellt werden, dass die letzten Benzin- und Dieselautos 2050 aus dem Verkehr genommen werden. Der Umstieg des Grossteils der Autos von Fossil auf Elektrisch muss aber viel schneller erfolgen. Darum müssen E-Autos so rasch wie möglich für alle Bevölkerungsschichten erschwinglich sein. Es ist ermutigend, dass der Preisunterschied zu den fossil betriebenen Autos immer kleiner wird.

so are we.» FOTO: PASCAL STÄDELI

«MAKE LOVE, NOT CO_2»: Die Demonstrierenden fordern den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas. FOTO: PASCAL STÄDELI

BANKER BASHING: Profitgier schadet dem Klima. FOTO: PASCAL STÄDELI

workfrage:
Bis wann soll die Schweiz CO_2-neutral sein?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!
Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an:
work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

Schwitzkasten

6 Wenn die Schweiz den ökologischen Umbau mit dem Ausstieg aus der Atomenergie verbinden will, brauchen wir 50 Milliarden kWh Strom. Mit welchen erneuerbaren Energien sollen diese produziert werden? Und wie viel davon darf im Ausland produziert und dann importiert werden?

Regula Rytz: Mit Sonne, Wind, Biomasse und Wasser. Heute werden 80 Prozent der Energie importiert. In Zukunft sollen es maximal 20 Prozent sein.

Christian Levrat: Vor allem mit Solarstrom. Dazu braucht es rund 50 Gigawatt installierte Photovoltaikleistung. Das ist nur 25 Mal mehr als heute und absolut machbar, da das Potential in der Schweiz bei 120 Gigawatt liegt. Die anderen erneuerbaren Energien wie Wind, Wasser und Biomasse sind sehr willkommen, können aber nur einen kleinen Teil der zusätzlich benötigten Leistung beisteuern. Nur die Sonnenenergie kann genug liefern. Strom wird immer wichtiger im Energiemix. Es darf nicht sein, dass wir noch einmal für den Strom in eine schädliche Abhängigkeit zurückfallen, wie wir sie beim Erdöl hatten. Strategisch gesehen sollte die Schweiz auf das ganze Jahr gerechnet etwa gleich viel Strom produzieren, wie sie verbraucht. Es soll aber weiterhin Perioden geben, in denen man importiert, und andere, in denen man exportiert.

7 Wir haben in Sachen Stromproduktion derzeit ein Winterloch, wie wollen Sie dieses auffüllen?

Regula Rytz: Die Grünen haben im Zusammenhang mit ihrer – von der Unia unterstützten – Atomausstiegsinitiative Szenarien für die Energiestrategie 2050 erarbeitet. Diese sehen für das Winterloch unter anderem folgende Massnahmen vor: Wärmepumpen in Kombination mit grossen Speichern, Photovoltaik in den Bergen, saisonaler Ausgleich in Speicherseen.

Christian Levrat: Es gibt tatsächlich ein Winterloch. Dieses ist aber nicht so gross, wie man oft denkt. In der Tat ist Photovoltaik schon ab Mitte Februar recht stark und bleibt es bis Ende Oktober. Und selbst im Dezember und Januar produzieren 50 Gigawatt installierte Photovoltaikleistung (siehe unter Frage 6) etwa 1,5 bis 2 Terawattstunden pro Monat. Wenn man nur mit Photovoltaik arbeitet, beträgt das Winterloch rund 9 Terawattstunden. Im schlimmsten Fall kann man dieses mit Gasstrom füllen. Man nimmt dafür zwar Emissionen von jährlich rund 4,5 Millionen Tonnen CO_2 in Kauf, reduziert dafür 31 Millionen Tonnen CO_2 im Bereich Gebäude und Mobilität. Wir sollten jedoch alles tun, um Gasstrom zu vermeiden beziehungsweise nur als kurze Überbrückung einzusetzen. Eine Option ist der Bau von Windkraftwerken in der Schweiz. Wir könnten auch Syngas (synthetisches Methan) aus den Sonnenstromüberschüssen vom Sommer machen und dieses im Winter wieder verstromen. Denkbar ist auch, im Winter Windüberschüsse aus der Atlantikküste zu importieren, oder gar Syngas. Zudem kann man auch bestehende Stauseen erhöhen, ohne dass die Natur grösseren Schaden nimmt.

8a Der ökosoziale Umbau (Wohnungsbau fördern, Förderung der Produktion synthetischer Brennstoffe usw.) kostet Geld, wie soll er finanziert werden?

Regula Rytz: Am stärksten belastet es die Steuerzahlenden, wenn auf Klimaschutz verzichtet würde. So muss zum Beispiel die Rhone schon heute wegen der Gletscherschmelze verbaut werden. Kostenpunkt: 4 Milliarden Franken oder 500 Franken pro Person in der Schweiz. Je mehr sich die Berge erhitzen, desto teurer werden die Reparaturmassnahmen. Auch die heutige Energieversorgung ist nicht gratis. So schicken wir jedes Jahr über 6 Milliarden Franken nach Saudiarabien oder Russland, um Gas und Erdöl einzukaufen. Dieses Geld wäre in der Schweiz besser investiert. Wenn wir rasch umsteigen, können wir daraus eine Chance für die Wirtschaft und die lokalen Arbeitsplätze machen. Selbstverständlich muss auch die öffentliche Hand mithelfen: Statt in die Katastrophenbewältigung sollen Steuergelder in die Forschungs- und Innovationsförderung, in die Weiterbildung, in Gebäudeprogramme und eine Solaroffensive investiert werden.

Christian Levrat: Diese Investitionen sind in der Tat nicht gratis. Wir schätzen, dass man rund 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts dafür einsetzen muss. Im Verhältnis genau denselben Betrag haben übrigens unsere Grosseltern für den Bau der Stauseen und der Hochspannungsleitungen aufgewendet. Es braucht zudem öffentliches Geld. Wir wollen eine Energiewende für alle, nicht für wenige. Nicht nur die Reichen sollen CO_2-neutral werden. Alle sollen zu fairen Bedingungen Zugang zu nachhaltigen Wohnungen und Verkehrsmitteln haben. Dieses Geld muss aus der Bundeskasse kommen und nicht aus der Besteuerung der Energie. Der Grund dafür ist ganz einfach: die direkte Bundessteuer ist progressiv. Sie belastet höhere Einkommen wesentlich stärker als kleinere. Die Finanzierung über die Besteuerung der Energie hingegen ist sehr unsozial, da die reichen Haushalte kaum mehr Energie konsumieren als ärmere Haushalte. Erfolgt die Finanzierung über die Besteuerung der Energie, würden arme Haushalte gleich viel zahlen wie die reichen.

8b Wäre der Vorschlag, den der work-Umbauplan macht, ein gangbarer Weg für Sie? Danach soll die Nationalbank, die faktisch auf einem Staatsfonds von 800 Milliarden Franken sitzt, zur Finanzierung beigezogen werden.

Regula Rytz: Die Grünen haben bereits in der Finanzkrise 2008 einen «Green New Deal» mit einem Konjunkturprogramm von 3 Milliarden Franken für die Energiewende gefordert. Auch die Idee eines Staatsfonds haben wir geprüft und für gut befunden.

Christian Levrat: Ja, die Nationalbank ist eine Finanzierungsoption. Wir denken auch an die ordentliche Staatsverschuldung. Für Investitionen ist diese absolut vertretbar und würde auch den Aufwertungsdruck auf den Franken schwächen.

9 Sollen Parteien und Gewerkschaften mit der Klimajugend ein Bündnis eingehen?

Regula Rytz: Die Klimajugend soll eigenständig und unabhängig bleiben. Doch die Grosskundgebung im September hat gezeigt, dass ein breites Aktionsbündnis grosse Wirkung entfalten kann. Solche punktuelle Zusammenarbeit wird es auch in Zukunft brauchen. Die Gewerkschaften sind für den ökosozialen Umbau zentral.

FOTO: SEVERIN BIGLER/ LUNAX

Christian Levrat, Präsident SP

Christian Levrat (49) ist Präsident der SP Schweiz und Ständerat. Zuvor war der Politikwissenschafter Präsident der Gewerkschaft Kommunikation (heute Syndicom) und SGB-Vizepräsident. Levrat lebt in Vuadens FR.

Christian Levrat: Ja. Wir müssen so bald als möglich in die Umsetzung gehen. Wir können uns nicht länger nur mit der Diagnose und der Zielformulierung beschäftigen.

10 Wenn die Umfragen richtig liegen, wird es im National- und im Ständerat eine Mehrheit links von SVP und FDP geben. Wie gross werden künftig die Spielräume für einen ökosozialen Umbau sein?

Regula Rytz: Deutlich grösser. Wer die Grünen wählt, wählt ökologische Kompetenz, gepaart mit sozialer Verantwortung. Ob wir darüber hinaus die Grenzen des politisch Machbaren verschieben können, hängt vom weiteren Druck der Klimajugend und der Gewerkschaften ab.

Christian Levrat: Treffen diese Prognosen ein, ist das ein Auftrag für eine sozialere und ökologischere Politik. Will man, dass diese auch gerecht und sozial geführt wird, muss man SP wählen. Nur die SP hat sowohl den Aspekt Klima als auch jenen der Gerechtigkeit in ihrer DNA.

RENDEZ-VOUS AUF DEM BUNDESPLATZ: Die Klimademo war der Schlusspunkt der «Global Week for Future», während deren auf der ganzen Welt Aktionen und Demos stattfanden. FOTO: PASCAL STÄDELI

EIN SELFIE IN EHREN … kann auch das Klima nicht verwehren. FOTO: PASCAL STÄDELI

«WHAT DO YOU WANT? CLIMATE JUSTICE! WHEN DO YOU WAN'IT? NOW!» Die Demonstrierenden fordern Klimagerechtigkeit. Jetzt! FOTO: MANUEL LOPEZ

SYSTEMFEHLER: «Statt Amazon brennt der Amazonas.» FOTO: KEYSTONE

WAHLEN 2019: Die Chance für den ökosozialen-feministischen Wandel. Geht wählen! FOTO: PASCAL STÄDELI

Die Arbeitenden der Zukunft organisieren sich

Kommt schon wieder ein heisser Mai?

Die Klimabewegung ruft zum Massenstreik auf. Erstmals richtet sich der Aufruf nicht mehr bloss an Schülerinnen und Schüler, sondern an die gesamte werktätige Bevölkerung.

JONAS KOMPOSCH

Wenn die Jugend politisiert, geht es rassig voran. So auch nach der historischen Klimademo vom 28. September, an der gegen 100 000 Menschen jeden Alters die Berner Innenstadt lahmlegten. Bloss sieben Tage später gelangte die Klimabewegung mit ihrem neusten Vorhaben an die Öffentlichkeit: dem «Strike for Future» – einem schweizweiten Massenstreik, terminiert auf Freitag, den 15. Mai 2020. Im Unterschied zu bisher soll dieser Freitagsstreik nicht mehr bloss für leere Schulbänke sorgen, sondern die gesamte lohnarbeitende Bevölkerung ansprechen. Deshalb hat die Klimajugend mit ihrem Vorhaben jetzt auch bei den Gewerkschaften angeklopft. Bei der Unia, dem VPOD, dem SEV sowie dem Zürcher und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Konkrete Beschlüsse liegen aber noch keine vor. Nico Lutz aus der Unia-Geschäftsleitung sagt: «Wir unterstützen die Ziele des Klimastreiks grundsätzlich und sind offen für die Diskussion.» Er gibt aber auch zu bedenken, dass politisch bereits sehr viel los sei rund um den 15. Mai. So der Tag der Arbeit am 1. Mai und voraussichtlich am 17. Mai die Abstimmung über die SVP-Kündigungsinitiative.

«Wir werden in die Betriebe gehen.»

KLIMAAKTIVIST DOMINIK WASER

Warum aber braucht es nach der Berner Megademo eigentlich auch noch einen Grossstreik? work hat bei Dominik Waser nachgefragt. Der Zürcher Landschaftsgärtner ist bei «Klimastreik Schweiz» in der Vorbereitungsgruppe für den Mai-Streik. Er sagt: «Eine Demonstration kann man viel einfacher ignorieren als einen Streik.» Das habe die Berichterstattung nach der Berner Klimademo gezeigt: «Weder am Sonntag noch am Montag gelangte diese historische Demonstration auf die Titelseiten der Schweizer Presse!» Falls die Schweiz jetzt ein grüneres und sozialeres Parlament wählt, würde diese Wende im Bundeshaus denn nicht reichen? Gärtner Waser: «Das wäre zwar wichtig, doch nein.» Damit es klimarettende Massnahmen treffe, brauche jedes Parlament den Druck aus der Bevölkerung. Er und seine Mitstreitenden haben deshalb einen Plan ausgeheckt, wie der Streik von den Schulen in die Wirtschaft getragen werden kann.

VORBILD FRAUENSTREIK

Als Vorbild diene der Frauenstreik, sagt Wasers Kollegin Jelena Filipovic. Die Klimaaktivistin war auch am Frauenstreik dabei gewesen und sagt: «Eine wesentliche Stärke des 14. Juni waren die neuartigen und vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten.» Diese hätten es auch jenen Frauen ermöglicht mitzumachen, für die eine klassische Arbeitsniederlegung nicht in Frage gekommen sei. Das soll auch beim «Strike for Future» so sein. Auch bei der Mobilisierung orientieren sich die Klimaaktiven an der Frauenbewegung: Unter dem Namen «Workers for Future» sollen sich im ganzen Land unabhängige Gruppen von Berufstätigen bilden. Diese sollen eigenständig die lokalen Streikaktivitäten planen und allfällige betriebliche Forderungen und Lösungen erarbeiten. Bereits fanden am vergangenen Sonntag in Bern, Zürich, Lausanne und im Jura erste dieser Zusammenkünfte statt.

Unterstützung erhofft man sich zudem von den Gewerkschaften. Wie sich diese zum «Strike for Future» stellen werden, ist aber noch offen. So oder so ist für Landschaftsgärtner Waser klar: «Wir werden in die Betriebe gehen.» Möglich also, dass ein heisser Mai bevorsteht.

FOTO: ZVG

STREIK FÜR DIE ZUKUNFT: Die Klimabewegung will Arbeiterinnen und Arbeiter mit ins Boot holen.

Italien und Deutschland: Gewerkschaften und Klimabewegung solidarisieren sich

Dieses Bündnis könnte der Weg aus der Klimakrise sein

Menschen, die arbeiten, sind von der Klimakrise besonders betroffen: in den Fabriken und Büros, in Spitälern und auf dem Bau. Deshalb ist der Klimaschutz ein zentrales Gewerkschaftsthema. Das haben Maurizio Landini in Italien und Frank Bsirske in Deutschland längst verstanden.

RALPH HUG

Zwei Klimastreiks hat er schon hinter sich. Dabei ist er erst im vergangenen Januar zum Chef des grössten italienischen Gewerkschaftsbundes, CGIL, gewählt worden: Maurizio Landini (58). Und er ist gleichzeitig der wohl klimabewegteste Gewerkschafter in hoher Funktion in Europa. Landini findet: «Wir müssen mit den Jungen zusammenstehen. Denn die Umwelt verteidigen heisst auch die Qualität der Arbeit verteidigen.» So ist er zum Vorreiter des Bündnisses von Gewerkschafts- und Klimabewegung geworden. Ein Bündnis, das die Welt verändern kann.

GRETA UND LANDINI

Auf jeden Fall bringt es mächtig Schub. Die CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro) ist die grösste Gewerkschaft in Europa. Wenn sie zwischen Mailand und Palermo ihre fünf Millionen Mitglieder mobilisiert, sind schnell Massen auf den Beinen. Und so kamen 100 000 zusammen, als Italien im September auf der Piazza del Popolo in Rom für den Klimaschutz demonstrierte. Die jungen Aktivistinnen und Aktivisten von «Fridays for Future» hatten mobilisiert. Aber auch die CGIL. Zuvor hatte Landini ein klares symbolisches Zeichen gesetzt: Er lud Greta Thunberg in die CGIL-Zentrale ein.

«Die Umwelt verteidigen heisst auch die Qualität der Arbeit verteidigen.»

CGIL-CHEF MAURIZIO LANDINI

Thunberg, die Galionsfigur der globalen Klimabewegung, liess sich nicht lange bitten. Sie erschien allein und so schlicht wie stets auf der Gewerkschaftszentrale in Rom. Landini drückte ihr die Hand und würdigte ihren kompromisslosen Einsatz gegen die Klimazerstörung mit folgenden Worten: «Wir sind sehr froh, dass die Jungen jetzt eine Veränderung fordern und für eine bessere und nachhaltige Produktion mobilisieren. Wir sind alle Beteiligte in diesem Kampf und wollen euch unterstützen.» Landini überreichte Greta die Ehrenmitgliedskarte der CGIL. Und dazu noch einen knallroten Faserpelz samt Mütze – «nützlich bei Streiks» (siehe Video auf **rebrand.ly/thunberg-landini).**

Kaum sonstwo in Europa ist der Schulterschluss zwischen der Bewegung «Fridays for Future» und einer Gewerkschaft so weit gediehen wie in Italien. Es erregte denn auch keinerlei Aufsehen, als der CGIL-Chef Ende September in einem Videoappell zur Teilnahme an einer weiteren Klima-Grossdemo aufrief. Landini sagte: «Die CGIL unterstützt den Kampf der Jungen für das Klima. Wir müssen die Produktion ändern. Das wird ein harter Kampf. Aber zusammen sind wir in der Lage, ihn zu gewinnen.» Schon lange fordern die italienischen Gewerkschaften Investitionen in die marode Infrastruktur des Landes. Siehe den Einsturz der Autobahnbrücke in Genua im August 2018. So sollen viele neue Jobs entstehen.

Unlängst haben die drei Gewerkschaftsdachverbände Italiens, CGIL, CISL und UIL, ein gemeinsames Papier für eine «grüne» Wirtschaft publiziert. Sie fordern darin in groben Zügen den ökologischen und sozialverträglichen Umbau der Gesellschaft. Eine neue Behörde, so ihre Vorstellung, soll den Prozess leiten und überwachen. Dieser gewerkschaftliche Druck zeigt nun Wirkung. Soeben hat die italienische Regierung ein Massnahmenpaket vorgestellt, das unter anderem Energiesparsubventionen sowie eine Verschrottungsprämie für alte Autos vorsieht, die den neuen CO_2-Normen nicht mehr genügen.

Deutschlands Landini heisst Frank Bsirske und war bis vor wenigen Tagen Chef der grossen Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Jetzt geht er in Pension. Noch im August hatte er ein gewaltiges Rauschen im deutschen Blätterwald verursacht. Der Grund: Bsirske forderte, die Gewerkschaften müssten sich den Klimaprotesten anschliessen. Er rief sogar alle Arbeitnehmenden auf, wenn möglich auszustempeln und an die Klimademos zu gehen. «Wir müssen Flagge zeigen für eine konsequente Klimapolitik», so Bsirske. Es war der erste Aufruf dieser Art aus dem Lager der deutschen Gewerkschaften und darum so spektakulär.

BSIRSKE UND DIE KOHLEKUMPEL

Für Bsirske ist «Fridays for Future» eine «beeindruckende neue Jugendbewegung». Zu Recht würden die jungen Menschen fordern, dass gegen die bedrohliche Klimakrise energischer gehandelt werde, als das bisher der Fall sei, gab er den Medien zu Protokoll. Dabei ist sich Bsirske der Probleme mit dem unvermeidlichen Abbau von Jobs in gewissen Branchen bewusst. Verdi organisiert zwar keine Kohlekumpel, aber doch viele Angestellte in den deutschen Kraftwerken zur Kohleverstromung. Vor vier Jahren hat Verdi am Bundeskongress beschlossen, aus Umweltgründen möglichst schnell aus der Kohleverstromung auszusteigen. Dies müsse aber sozialverträglich geschehen. Bsirske: «Die Kolleginnen und Kollegen in den Kraftwerken, aber auch im Tagebau müssen davor geschützt werden, arbeitslos zu werden und ins Freie zu fallen.» Der Strukturwandel müsse sorgfältig gestaltet werden.

«Das Ökologische und das Soziale gehören zusammen.»

FRANK BSIRSKE, EX-VERDI-CHEF

Der Kohleausstieg ist in Deutschland für 2038 vorgesehen, so der offizielle Plan. «Fridays for Future» verlangt aber schon 2030 als Termin. Ein Problem für Verdi? Dazu sagt Bsirske, es könne sicher auch schneller gehen. Aber die Voraussetzungen für einen Ausstieg müssten gegeben sein, und daran müsse man erst noch arbeiten. Es brauche einen Ausbau der Verteilnetze sowie einen Strom, der bezahlbar sei. Sonst werde die Bevölkerung den Umbau nicht akzeptieren. Bsirske sagt: «Das Ökologische und das Soziale gehören zusammen, wenn man das, was wir hinkriegen müssen, erfolgreich bewältigen will.»

MERKEL UND DIE METALLER

Der Aufruf, an den Klimademos teilzunehmen, hat offenkundig ein Tabu gebrochen. Doch die Gewerkschaft Verdi steht in Deutschland keineswegs alleine da. Selbst die mächtige IG Metall unter Chef Jörg Hofmann, die auch die Arbeitnehmenden in der deutschen Autoindustrie organisiert, bewegt sich. Sie bringt den «Fridays for Future»-Aktionen grosse Sympathien entgegen. Zwar hat sie nicht explizit zur Demoteilnahme aufgerufen. Doch sie begrüsst ein Mitmachen ausdrücklich. In einem Aufruf heisst es: «Wir teilen das Ziel, die drohende Klimakatastrophe abzuwenden. Ein rascher und grundlegender ökologischer Umbau unseres Wirtschaftens ist dringend notwendig.» Dies müsse sozial und demokratisch geschehen. Beschäftigung und gute Arbeit müssten in einer ökologischen Wirtschaft enthalten sein und ausgebaut werden.

Konkret verlangt die IG Metall zusammen mit dem deutschen Naturschutzbund eine Energie- und Mobilitätswende, unter anderem den massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bis hin zum Nulltarif für Schüler und Studentinnen. Zur Finanzierung der Klimaschutzmassnahmen fordert Deutschlands mächtigste Gewerkschaft eine stärkere Besteuerung der hohen Vermögen, eine Erbschaftssteuer sowie eine Abkehr von der rigiden Sparpolitik der Merkel-Regierung («schwarze Null»).

«OHNE ERDE HAT KEIN VOLK EINE ZUKUNFT»: Rund 100 000 Aktivistinnen und Aktivisten protestierten im September auf der Piazza del Popolo in Rom für den Klimaschutz. FOTO: GETTY

MAURIZIO LANDINI

DER SOZIALIST

FOTO: ALAMY

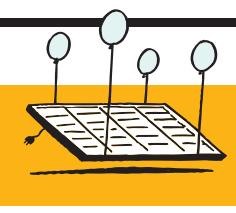
Maurizio Landini (58) war Chef der italienischen Metaller, bevor er zu Jahresbeginn zum Generalsekretär des linken Gewerkschaftsdachverbands CGIL gewählt wurde. Aus bescheidenen Verhältnissen in der Emilia Romagna stammend, stieg er rasch in der Metallgewerkschaft FIOM auf. Landesweit bekannt wurde er durch seinen Streit mit Fiat-Chef Sergio Marchionne und dessen Steuerflucht-Praktiken. Sozialist Landini hat auch massgeblich die Grossdemo vom letzten März gegen die Sparpolitik der Rechtsaussenregierung von Matteo Salvini organisiert.

FRANK BSIRSKE

DER GRÜNE

FOTO: L.AFP

Frank Bsirske (67) führte 18 Jahre lang die deutsche Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Jetzt geht der Grüne in Pension. Er hat Verdi auf einen kämpferischen Kurs getrimmt. An seiner Abschiedsrede sagte Bsirske, man habe in den letzten Jahren nur einmal eine streikfreie Woche gehabt, nämlich in der Woche 52 des Jahres 2015 (das waren die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr). Frank Bsirske war auch massgeblich daran beteiligt, dass es in Deutschland heute einen gesetzlichen Mindestlohn gibt.



rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Null-Emissions-Fabrik Lonza: Das Versprechen einlösen

Mit Solarenergie und dezentralen Energiespeichern kann die hochrentable Lonza zu einer Null-Emissions-Fabrik werden.

Während Jahrhunderten wurden die Mühlen in der Schweiz entlang von Bachläufen erstellt. Die Müllerinnen und Müller benutzten die Kraft des Wassers, um das Korn der Bäuerinnen und Bauern zu mahlen. Die weltweit besten und leistungsfähigsten Mühlen baut heute weltweit das Unternehmen Bühler aus Uzwil. Zwei grosse Mühlen könnten locker die ganze Schweiz versorgen. Die Arbeitsplätze wandern von den Bachläufen in die Fabriken.

Die Industrialisierung der Schweiz fand in den Randregionen statt. Warum? Die Schweizer Industrie erzeugte den von ihr benötigen Strom nicht mit Kohle, nicht mit Kohlekraftwerken, sondern umweltfreundlicher und billiger mit Wasserkraft. Das Problem: Lange Zeit war es praktisch nicht möglich, den Strom über längere Distanzen zu transportieren. Deshalb baute die Lonza einst ihre Werke zuerst in Gampel und dann in Visp. Dort, wo es genügend Wasser und genügend Gefälle gab. Deshalb waren auch Regionen wie Glarus und der Jura Hotspots der industriellen Entwicklung.

Die Lonza in Visp entwickelt sich geradezu gespenstisch gut. Einst filetierten Martin Ebner und Christoph Blocher mit ihren real nicht existierenden Visionen den Alusuisse-Konzern. Die Energie wurde an die Deutschen verkauft. Die Aluwerke nach Nordamerika. Und auch an der Lonza hatten die beiden Heuschrecken der ersten Generation kein Interesse.

Ironie der Schicksals: Die Lonza ist heute marktkapitalisiert doppelt so viel wert wie die Ems-Chemie. Und in Visp arbeiten heute 4000 Menschen direkt oder indirekt für diesen hochrentablen Betrieb. Jetzt soll die Lonza schon wieder filetiert werden. Deshalb mussten der bisherige Chef Richard Ridinger sowie der Standortleiter Visp, Jörg Solèr, das Werk verlassen. Solèr ist heute in Zürich im Reich des roten Stadtrates Richard Wolff für die Abfallentsorgung zuständig.

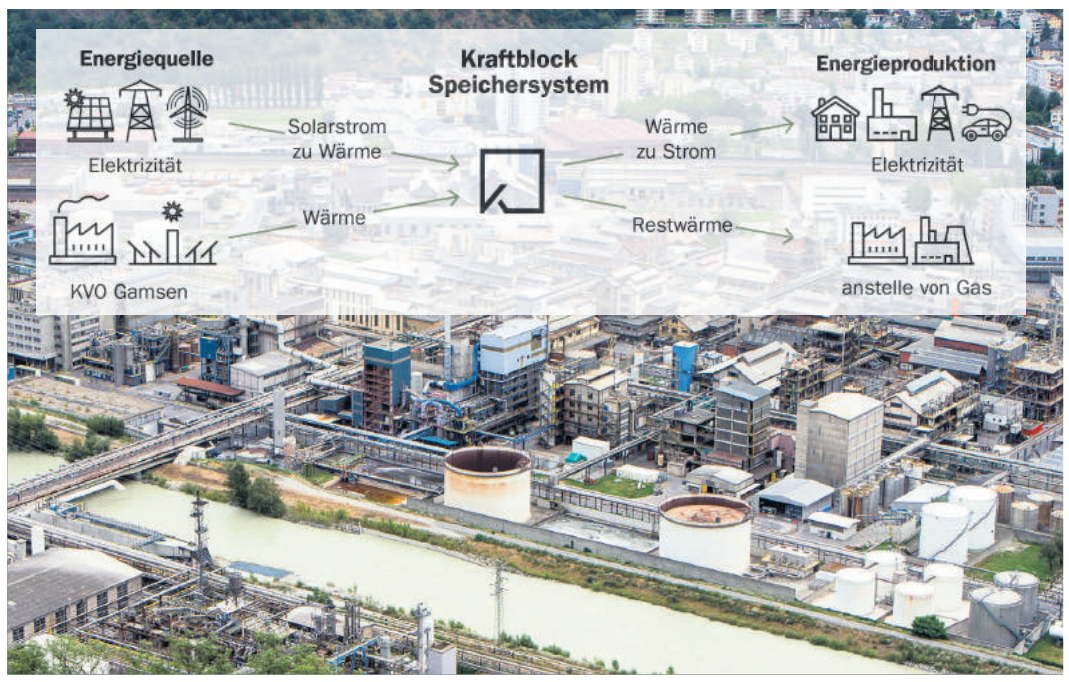
Richard Ridinger hat vor gut einem Jahr den Oberwalliserinnen und Oberwallisern versprochen, die Lonza werde zu einer Null-Emissions-Fabrik. Eine Herausforderung, weil kein Industriebetrieb in der Schweiz mehr Strom und Gas verbraucht als die Lonza. Börsenkotierte Unternehmen sind Getriebene. Sie investieren nur, wenn sich die Investition rechnet. Die Rechnung muss ökonomisch und ökologisch aufgehen. Das ist heute möglich:

Baustein 1: Auf über 2000 Metern über Meer kann man dank bifazialen Photovoltaikzellen im Winter gleich viel Strom produzieren wie im Sommer. Und pro installiertes Kilowatt Leistung doppelt so viel Strom wie in Olten. Für 3 Rappen die Kilowattstunde, wenn die Nationalbank den ökologischen Umbau finanziert.

Baustein 2: Mit leicht zu verlegenden 16-kV-Leitungen kann man den Strom von den umliegenden Bergen, ohne die zu teuren Netze von Swissgrid und Valgrid zu benutzen und zu belasten, in die Lonza transportieren.

Baustein 3: Die Sonne scheint nur am Tag und nicht in der Nacht. Und nicht an allen Tagen gleich stark. Strom und Wärme braucht ein Industriebetrieb permanent. Deshalb braucht es dezentrale Speicher in den Fabriken. Das System Kraftblock scheint absehbar die sinnvolle Lösung zu sein. Zu viel produzierter Strom wird als Wärme bei 1300 Grad Celsius gespeichert. Und dann dank Heat-to-Power-Turbinen zu Strom und Wärme gemacht. Kompliziert? Nur auf den ersten Blick.

Alles in allem liefert eine solche Kombination Strom und Gas günstiger als jede andere Bezugsvariante. Wir bleiben dran.



SO GEHT'S! Mit dem Kraftblock-Speichersystem wird Strom als Wärme gespeichert. Mit solchen Speichern könnte das Chemie- und Pharmaunternehmen Lonza CO_2-neutral produzieren. FOTO: KEYSTONE

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/buehler**
Giorgio V. Müller erzählt die Geschichte des Unternehmens Bühler. Die Wasserkraft war auch hier ein wichtiger Faktor. Noch wichtiger waren die Arbeiterinnen und Arbeiter, die 1901 mit einem Streik bessere Arbeitsbedingungen durchsetzten.

- **kraftblock.com**
Kraftblock ist als Start-up ein Kind der Uni Saarbrücken. Und jetzt ist der politisch weit rechts stehende Investor Frank Thelen eingestiegen. Hoffentlich technologisch ein halbwegs gutes Omen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «Rosa Zukunft»: **www.workzeitung.ch**

WIR SIND DER WANDEL! Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten forderten in Bern griffige Massnahmen für den Klimaschutz. FOTO: ROB LEWIS

Geschäftsmodell Hungerlohn: Modelabels lassen Extrem-Ausbeutung von Textilarbeiterinnen noch immer zu

Schweizer Saumode

Die Modebranche sorgt immer noch nicht für existenzsichernde Löhne in den Produktionsländern. Frühere Besserungsabsichten erwiesen sich als heisse Luft.

JONAS KOMPOSCH

Ob das Bio-Poloshirt von der Migros oder die Damenbluse von H&M – beides wird Hobbyshoppern und Schnäppchenjägerinnen derzeit wieder zu Spottpreisen nachgeworfen. Weniger als elf Franken kostet das Shirt, keine Zwanzigernote die Bluse. Möglich macht dies vor allem der Faktor Lohn: Tief ist er im Schweizer Detailhandel, oft nicht einmal existenzsichernd in den Produktionsländern des Südens. Ein Existenzlohn

Nur einer einzigen Schweizer Modefirma war es gelungen, erhebliche Zweifel an ihrer Geschäftspraxis auszuräumen.

sichert ein würdiges Leben von mindestens zwei Erwachsenen und zwei Kindern. Und: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verbrieft das Anrecht auf einen Existenzlohn. Dennoch wird ein erheblicher Teil der 75 Millionen Textilarbeiterinnen und -arbeiter der Welt zu Löhnen ausgebeutet, die kaum das nackte Überleben sichern. Daher stehen die Modekonzerne seit Jahren am Pranger von Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen. Besonders genau sieht die entwicklungspolitische Organisation Public Eye hin. Und stellt fest: In den letzten fünf Jahren haben die Modelabels wenig oder gar nichts getan, um die Löhne der Textilarbeiterinnen und -arbeiter zu erhöhen.

IMAGEPOLITUR

Bereits 2014 nahm Public Eye die Lohnpolitik von Schweizer Kleidermarken unter die Lupe. Konkret überprüfte Public Eye, ob die Unternehmen dafür sorgten, dass ihre Zulieferer in den Produktionsländern Existenzlöhne bezahlten. Resultat: Von den fünfzehn untersuchten Schweizer Firmen wurden zehn als «ungenügend» und drei als «nachlässig» eingestuft. Nicht ein Unternehmen erhielt das Prädikat «gut». Die Billighäuser Metro Boutique, Tally Weijl und die 2017 pleitegegangene Kette Yendi fürchteten die Public-Eye-Enthüllungen gar so sehr, dass sie jegliche Kooperation verweigerten.

Nach Bekanntwerden der Resultate gelobten einige der Firmen Besserung. Sie beteuerten, ihre Lieferanten dazu bewegen zu wollen, anständige Löhne zu zahlen. Das schien dringend, denn der Ruf der globalisierten Textilindustrie war schwer beschädigt: Am 24. April 2013 war eine der unzähligen maroden Kleiderfabriken eingestürzt. Die Trümmer des Rana-Plaza-Werks in Bangladesh begruben über 3500 Textilarbeiterinnen, 1138 von ihnen starben. Public Eye hatte also allen Grund, die Modemarken beim Wort zu nehmen. Das tat die Organisation und legte nun, nach fünf Jahren, erneut einen detaillierten Faktencheck vor. Mit ernüchterndem Fazit.

NICHTS ALS PHRASEN

Von den 45 befragten Modefirmen – 19 davon aus der Schweiz – konnten nur gerade zwei erhebliche Zweifel an ihrer Geschäftspraxis ausräumen. Es handelt sich um die Schweizer Firma Nile und die italienische Marke Gucci. Public-Eye-Sprecherin Géraldine Viret sagt: «Von ihnen erhielten wir Informationen, die darauf schliessen lassen, dass zumindest ein Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter in ihrer Lieferkette einen Existenzlohn erhält.» Ganz im Gegensatz zu Schweizer Firmen wie Chicorée, Coop, Manor, PKZ oder Tally Weijl. Sie verwiesen lediglich auf den vom Branchenverband Amfori erarbeiteten Verhaltenscodex. Dieser betrachtet den Existenzlohn – Menschenrechte hin oder her – lediglich als «erstrebenswertes Ziel» und nicht als verbindliche Verpflichtung. «Eine angemessene Vergütung» lautet das Quantum, das der Codex vorsieht.

NUR SCHÖNER SCHEIN: Die grossen Modeketten foutieren sich um die Menschenrechte der Textilarbeiterinnen und -arbeiter. FOTO: KEYSTONE

Interpretationsspielraum ist also reichlich vorhanden. Und der wird rege genutzt. Von H&M etwa. Der schwedische Konzern lässt seine Kleider immer öfter in Äthiopien herstellen. In den dortigen Textilfabriken beträgt der durchschnittliche Monatslohn umgerechnet 26 US-Dollar. Ein Wert weit unterhalb der von der Weltbank definierten Armutsgrenze von 58 Dollar. Ein Geschäftsmodell, das sich für H&M lohnt: Im letzten Jahr erzielte der Modegigant einen satten Gewinn von rund 1,5 Milliarden Franken.

Die Public-Eye-Studie samt Firmencheck gibt es hier: **rebrand.ly/Firmencheck.**

work1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart

DANK AHV: BERUFSTÄTIGE HABEN VIEL MEHR GELD ZUM LEBEN

Die AHV hat in den letzten zwanzig Jahren kein zusätzliches Geld gebraucht. Aller Schwarzmalerei zum Trotz reichte das 1999 eingeführte zusätzliche Mehrwertsteuerprozent bis heute. Weil die Babyboomer in Rente gehen, ist in den kommenden Jahren wieder eine Finanzspritze nötig. Gemäss den Schätzungen des SGB wäre die AHV aber 2030 mit rund 4,7 statt wie heute 4,2 Lohnprozenten (Anteil der Arbeitnehmenden) weiterhin bestens finanziert.

Die Banken und Versicherungen verunsichern hingegen die Bevölkerung mit Schreckensmeldungen. Wegen der «Schieflage» der Altersvorsorge, sei «Eigeninitiative momentan der einzig gangbare Weg», so die Credit Suisse. Diese Propaganda-Offensiven sind mehr als durchsichtig. Die Banken und Versicherungen wollen möglichst viele Produkte der dritten Säule verkaufen. Denn damit machen sie Geld. An der AHV verdienen sie hingegen nichts. Im Gegenteil: Die Topverdiener in den Teppichetagen der Banken zahlen viel mehr in die AHV ein, als sie je an Rente erhalten werden. Damit die Normalverdiener und Normalverdienerinnen mehr Rente haben.

Monatliche Einzahlungen für eine Zusatzrente in der Höhe einer 13. AHV-Rente

	Kosten 13. AHV-Rente	Kosten dritte Säule für gleiche Rente
Zugbegleiter (36) und Floristin (36, 50%-Pensum), verheiratet, 2 Kinder	33	180
Physiotherapeutin (51) und Polymechaniker (51), verheiratet	56	580
Lagerist (33)	15	90
Pflegefachfrau (48, 80%-Pensum), 2 Kinder	20	160

AHV-DREIZEHNTER. Weil das Leben teurer geworden ist, müssen die Renten wieder steigen. Der SGB schlägt eine 13. AHV-Rente vor. Diese ist für Normalverdienende viel günstiger als eine dritte Säule. Weil die Topverdiener und die Arbeitgeber die AHV-Renten der Malerin und des Verkäufers mitfinanzieren. In der dritten Säule sind sie hingegen ganz auf sich alleine gestellt. Sie müssen alle Beiträge selber zahlen. Und die Banken machen mit der dritten Säule Gewinne. Der SGB hat vor rund 3 Jahren ausgerechnet, wie vorteilhaft die AHV ist. Die 13. AHV-Rente ist je nach beruflicher und familiärer Situation rund 5 bis 10 Mal günstiger als eine entsprechende Rente in der dritten Säule. Mit der heutigen Zinssituation wäre der Unterschied noch grösser. Leider sind diese Zusammenhänge zu wenig bekannt. Weil die Bevölkerung mit Panikszenarien und Halbwahrheiten irregeführt wird. Dabei ist die Sache glasklar. Mit der AHV erhält die grosse Mehrheit der Bevölkerung mehr Rente fürs Geld. Das nützt vor allem den Berufstätigen. Weil sie weniger fürs Alter sparen müssen, haben sie mehr Geld zum Leben. Das ist angesichts der hohen Mieten und Krankenkassenprämien heute wichtiger denn je.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Radikale Provinz

Erschossen in Grenchen

Die Schweizer Armee ging äusserst gewalttätig gegen die Landesstreikenden vor. Am verheerendsten wüteten die Militärs in Grenchen SO, wo Soldaten drei wehrlose Uhrmacher hinterrücks erschossen. Warum aber war ausgerechnet Grenchen Schauplatz dieser Bluttat? Und welche Rolle spielte die kämpferische Grenchner Arbeiterjugend? Und wieso wurde Streikführer und Linkssozialist Max Rüdt zum Sündenbock gemacht? Das hat der Historiker und ehemalige Oltner Stadtarchivar Peter Heim nun erforscht.

Streikende in Grenchen. FOTO: ZVG

Linksradikalismus in der Provinz. Die Grenchner Arbeiterschaft zwischen Demokratie und Diktatur des Proletariats. Vortrag von **Peter Heim, 24. Oktober, 19 Uhr,** Kulturhistorisches Museum, Absyte 3, Grenchen. Eintritt: 10 Franken (mit Apéro).

Arbeiterfotografie

«Chronist der sozialen Schweiz»

Der Name Ernst Koehli fehlt in den grossen Publikationen über die Geschichte der Schweizer Fotografie. Das dürfte sich ändern. Denn dem Grafiker Raymond Naef gelang es, den Nachlass des Fotografen vor der Vernichtung zu retten. Nun zeigt ein neues Buch einen zentralen Teil von Ernst Koehlis Schaffen: die Arbeiterbewegung. Koehli selbst stammte aus einer Arbeiterfamilie. Im Auftrag von Gewerkschaften, Parteien, Hilfswerken und Fotoagenturen fotografierte er Berufsleute, Versammlungen und machte Reportage in Ferienheimen. Damit wurde Koehli zum Chronisten der Schweizer Arbeiterinnen und Arbeiter während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Seine Bilder geben intime Einblicke in die damaligen Lebensverhältnisse.

Herausgeber **Christian Koller und Raymond Naef** stellen Leben und Werk des Fotografen Ernst Koehli vor. Die Schriftstellerin **Melinda Nadj Abonji** und der Historiker **Hannes Lindenmeyer** lesen. **24. Oktober, 19.30 Uhr,** Kanzleiturnhalle, Kanzleistrasse 56, Zürich.

Kapitalismus

Ins Museum damit!

Antike Scherben, rostige Ritterrüstungen oder verstaubten Plunder sucht man hier umsonst. Denn diese Ausstellung beschäftigt sich mit dem herrschenden System. In spielerischer und interaktiver Art führt das neue Berner «Museum des Kapitalismus» durch verschiedenste Facetten unseres Wirtschaftssystems, das alles durchdringt und beherrscht. Und regt zu kritischem Denken an. Schliesslich verfolgen die Kulturschaffenden mit ihrer Installation ein hochgestecktes Ziel: Ihr Ausstellungsgegenstand selbst soll möglichst schnell Geschichte sein.

Museum des Kapitalismus, Schützenmatte, Bern. Noch bis zum 2. November jeweils von Mittwoch bis Sonntag geöffnet. Freier Eintritt. **www.mdk-bern.ch.**

Das offene Ohr

David Aeby von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Geschäftshandy: Fristlose Kündigung wegen Whatsapp-Chat?

Mein Chef wollte das Geschäftshandy von mir haben, um eine neue App zu installieren. Dabei hat er nicht nur die App installiert, sondern auch meine Whatsapp-Chats geöffnet. Dort hat er gesehen, dass ich gestern meinem Kollegen schlimme Schimpfwörter über ihn geschrieben habe. Daraufhin hat er mich ins Büro zitiert und mir die fristlose Kündigung ausgesprochen. Darf er das?

DAVID AEBY: Nein. Grundsätzlich kann man Ihnen fristlos kündigen, wenn Sie Ihren Chef übel beschimpfen. Aber nur dann, wenn Sie die Nachricht ihm direkt

HÄNDE WEG! Ihr Chef darf Ihre privaten Whatsapp-Chats auf dem Bürohandy nicht lesen. FOTO: 123RF

geschickt oder wenn Sie sie in einem Gruppenchat geschrieben hätten, in dem der Chef auch dabei ist. Aber das war hier nicht der Fall. Sie haben die Nachricht nur Ihrem Kollegen geschickt, und das über Whatsapp, eine App, die Sie für die Arbeit gar nicht nutzen. Dass es sich dabei um das Geschäftshandy handelt, spielt keine Rolle. Ihr Chef darf Ihre privaten Chats nicht lesen. Wenn er nicht möchte, dass Sie Whatsapp auf dem Geschäftshandy benutzen, kann er die App löschen, aber nicht öffnen. Die fristlose Kündigung ist also ungerechtfertigt. Sie können den Lohn bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist plus eine Entschädigung von bis zu sechs Monatslöhnen verlangen.

Firma bezahlt Lohn nicht: Muss ich weiter arbeiten?

Der Firma, in der ich arbeite, geht es finanziell schlecht. Schon den zweiten Monat in Folge habe ich keinen Lohn mehr erhalten. Mein Chef hat mich vertröstet, es gehe bald wieder bergauf und dann werde alles nachgezahlt. Ich glaube ihm aber nicht. Muss ich mir das gefallen lassen und weiterhin ohne Lohn arbeiten?

DAVID AEBY: Nein. Die Firma muss den Lohn auf den vertraglich vereinbarten Termin oder spätestens auf Ende des Monats bezahlen. Ist dies nicht der Fall, sollten Sie sie schriftlich mahnen, den fälligen Lohn innert 5 Tagen zu überweisen, da Sie sonst die Arbeit niederlegen. Verstreicht diese Frist ungenutzt, können Sie die Arbeit so lange verweigern, bis die Lohnrückstände beglichen sind. Die Firma muss Ihren Lohn auch für die Zeit bezahlen, in der Sie die Arbeit verweigerten. Bezahlt die Firma weiterhin nicht, dann dürfen Sie fristlos kündigen und sofort eine neue Stelle antreten oder zur Arbeitslosenkasse gehen. Wenn die Firma auch nach der Mahnung den Lohn nicht zahlt, sollten Sie sie betreiben. Sollte sie konkursgehen, dann stellen Sie unverzüglich ein Gesuch um Insolvenzentschädigung bei der öffentlichen Arbeitslosenkasse Ihres Kantons. Diese entschädigt Sie dann für die Zeit, in der Sie ohne Lohn gearbeitet haben.

Am 19. Oktober ist Schweizer Reparaturtag

Flicken – das hilft gegen die

Was kaputt ist, wandert in den Abfall. Bei Ihnen auch? Bei manchem defekten Gerät lohnt sich die Reparatur und ist einfacher, als man denkt. Versuchen Sie es doch mal im Repair-Café!

MARTIN JAKOB

«Oh, da kaufen Sie lieber mal einen neuen!» rät der smarte Verkäufer, nachdem er das schon etwas ramponierte Gehäuse Ihres Staubsaugers gesehen hat, «hier lohnt sich die Reparatur nicht mehr. Und wir haben gerade eine tolle Aktion. Den Supersaugmax Turbopower erhalten Sie jetzt für 280 statt 350 Franken, und Ihr altes Gerät entsorgen wir gratis!»

Hm, sieht gut aus, der Supersaugmax. Aber eigentlich ist ja bei Ihrem fünf Jahre alten Gerät nur der Kabeleinzug defekt, im übrigen läuft und saugt er prima. Der smarte Verkäufer bemerkt Ihre Zweifel. «Wissen Sie, diese alten Sauger brauchen ganz viel Strom!» schiebt er deshalb nach.

SOLLBRUCHSTELLEN

Bevor Sie sich nun von Ihrem gebrauchten Gerät verabschieden, legen wir mal eine Denkminute ein. Tatsächlich gehen Staubsauger der jüngsten Generation sparsamer mit dem Strom um, denn die Europäische Union hat in den letzten Jahren die erlaubten Maximalwerte für die Staubsaugerleistung auf 900 Watt (seit 2017) gesenkt. Der Supersaugmax kommt mit 750 Watt klar – aber da liegt jetzt Ihr alter Sauger mit 900 Watt nicht Welten darüber. Sie saugen ja nicht rund um die Uhr. Und die Gratisentsorgung ist auch kein Argument: Da in der Schweiz die Entsorgung über eine vorgezogene Gebühr beim Kauf finanziert wird, dürfte der Verkäufer sowieso nichts dafür verlangen.

Hingegen werfen Sie mit dem Entsorgen ein Gerät weg, das – vom defekten Kabelaufwickler abgesehen – noch klaglos seinen Dienst versieht. «Da müssen Sie sich wirklich kein Gewissen machen», wiegelt der Verkäufer ab, «in der Schweiz wird das alles rezykliert!» In der Tat. 2018 landeten rund 126 000 Tonnen Elektroschrott auf den Halden der Swico- und SENS-Annahmestellen. Metalle und ein Teil der Kunststoffe werden zurückgewonnen und neu verwertet. «Aber fürs Recycling wird Energie benötigt, und es entstehen Verluste, oft giftige Reststoffe und Umweltauswirkungen, die in einer perfekten Kreislaufwirtschaft vermieden werden sollten», sagt Christoph Hugi, Professor und Dozent für Nachhaltigkeit und Entwicklung an der Hochschule für Life Sciences. «Recycling ist immer eine Abwertung», sagt auch Raffael Wüthrich, Leiter Nachhaltigkeit und Energie bei der Stiftung für Konsumentenschutz. Er ärgert sich deshalb über die Praktiken der Industrie, die sich um nachhaltige Produktion und Langlebigkeit wenig kümmert und sogar Teile in ihre Produkte verbaut, welche deren Lebenszeit planbar begrenzen. Man nennt das Obsolenz: Berühmtestes Beispiel ist das Glühlampenkartell von 1925. Die Hersteller begrenzten darin die Leuchtdauer ihrer Birnen auf 1000 Stunden.

DIE POLITIK SCHLÄFT

Bei der Politik findet der Konsumentenschutz mit seinen Begehren wie Verlängerung der Garantiefrist auf fünf Jahre und Deklarationspflicht für die erwartbare Lebensdauer eines Produkts kaum Gehör. «Umso wichtiger, dass wir als Konsumenten Gegensteuer geben», sagt Wüthrich. «Setzen wir an die Stelle der Wegwerfkultur eine Kultur des Reparierens!»

Im Falle Ihres Staubsaugers: Ein defekter Kabelaufwickler ist ein mechanisches Element des Geräts, das sich ersetzen oder vielleicht sogar reparieren lässt. Wie finden Sie das heraus? Ihr Verkäufer bietet Ihnen an: «Wenn Sie darauf bestehen: Der Aufwickler ist als Ersatzteil für 60 Franken noch erhältlich. Das Gerät vom Herstellers reparieren zu lassen käme Sie auf 200 Franken zu stehen, schätze ich mal. Sie können auch zunächst eine Offerte verlangen, aber die wäre auf jeden Fall mit 120 Franken pauschal zu entschädigen, falls Sie die Reparatur ablehnen.»

REPARIEREN VERBINDET: Im Repair-Café sind alle willkommen. Die Fachleute, die sich

WORKTIPP

SCHROTT-SODOM

In Accra, der Hauptstadt von Ghana, zeigt die westliche Wegwerfkultur ihre hässliche Kehrseite: In der Deponie von Agbobloshie, genannt Sodom, landen jährlich 250 000 Tonnen Elektroschrott aus aller Welt. Durch Abfackeln und mit einfachsten

Werkzeugen lösen Ghanesinnen und Ghanesen jeden Alters Wertstoffe aus dem teils hochgiftigen Müll. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal, die Umwelt leidet mit. Im Rahmen ihres Aktionsprogramms zum Nationalen Reparaturtag zeigt die Umweltberatung Luzern im Stattkino den Dokumentarfilm «Welcome to Sodom» (2018) von Florian Weigensamer und Christian Krönes.
Samstag, 19. Oktober, 17 Uhr; weitere Vorführungen 24.–27., 29. und 30. Oktober. **www.stattkino.ch**

RISIKO MUTTERSCHAFT: Manche Firmen möchten Frauen los werden, wenn sie Mütter geworden sind. FOTO: ANA TABLAS / UNSPLASH

Wenn Sie die Firma wegen Ihrer

Diese Kündigung

Während der Schwangerschaft und bis 16 Wochen nach der Geburt stehen Frauen unter Kündigungsschutz. Aber auch danach können Sie gegen eine Kündigung vorgehen.

MARTIN JAKOB

«Haben Sie das extra gemacht, oder war es ein Unfall?» fragte der Chef, als ihm die Detailhandelsangestellte von ihrer (dritten) Schwangerschaft erzählte: «Sie können die Schlüssel gleich abgeben und brauchen nach dem Mutterschaftsurlaub gar nicht mehr zu kommen.»

So geschehen in einem der zahlreichen juristischen Fälle, die in der Datenbank der Fachstellen für Gleichstellung in der Deutschschweiz enthalten sind. Die Frau liess sich den Rauswurf wegen Mutterschaft nicht bieten und klagte. Vor der Schlichtungsbehörde einigten sich die Parteien in einem Vergleich auf dreieinhalb Monatslöhne Entschädigung wegen missbräuchlicher Kündigung und einen Monatslohn als Genugtuung.

NICHTIGE KÜNDIGUNG. Mehrere Gesetze und Verordnungen schützen schwangere Frauen und Mütter. Klipp und klar ist

Kündigung wegen Mutterschaft ist eine Diskriminierung.

der Kündigungsschutz während der Schwangerschaft geregelt: Über die gesamten neun Monate der Schwangerschaft und wäh-

Wegwerfscham

der defekten Ware annehmen, sind ehrenamtlich im Einsatz. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Das ist dann doch starker Tobak, finden Sie. Haben Sie Alternativen? Ja – zum Beispiel das Repair-Café. Seit der Konsumentenschutz 2014 in Bern ein Repair-Café eröffnet hat, sind zahlreiche weitere entstanden: Über 130 regionale Ableger öffnen mittlerweile tage-

Die Schweiz zählt bereits über 130 Repair-Cafés.

weise ihre Pforten. Ehrenamtlich tätige Reparateure für Elektro- und Elektronikgeräte, aber auch für Holzprodukte und Kleider bieten ihre Dienste an, nur die Ersatzteile sind zu bezahlen. Wer etwas zum Flicken mitbringt, ist auch herzlich eingeladen, an der Reparatur mitzuwirken. So kommt ein Lerneffekt hinzu. «2018 haben Schweizer Repair-Cafés über 14 000 Gegenstände zur Reparatur entgegengenommen», freut sich Raffael Wüthrich vom Konsumentenschutz, «und von zehn Gegenständen wurden sechs erfolgreich repariert.»

Sie können also Ihren Staubsauger ins Repair-Café mitbringen, mit Hilfe des Experten herausfinden, ob eine Reparatur des Aufwicklers ohne Neuteile möglich ist – dann wird das gleich erledigt – oder ob Sie zuerst das Ersatzteil bestellen müssen. So oder so: Der Supersaugmax kann Ihnen vorläufig gestohlen bleiben!

Rund 40 Repair-Cafés sind am Schweizer Reparaturtag geöffnet. Cafés und Öffnungszeiten: **www.repair-cafe.ch.**

REPARATURFUEHRER.CH

5000 ADRESSEN

Ist die Garantiezeit abgelaufen oder das Produkt sogar schon so alt, dass der Hersteller selbst keine Ersatzteile mehr führt, wird es schwierig mit der Reparatur. Eine praktische Abkürzung der Internetrecherche ermöglicht seit 2002 die Website **reparaturfuehrer.ch.** Ursprünglich ein reines Adressverzeichnis für allerlei Handwerkerleistungen, hat sich die Seite zur dreisprachigen, interaktiven Reparaturplattform entwickelt mit einem Blog und Links zu Reparaturanleitungen für Selbermacherinnen. Das Herzstück der Website sind die gegen 5000 Adressen von Firmen, die Reparaturen auf den verschiedensten Gebieten ausführen.

BEQUEME SUCHE. Das Verzeichnis ist rubrikengetrennt in zehn Haupt- und zahlreiche Unterkategorien. Die Firmen werden in einer interaktiven Landkarte angezeigt, so dass auch die Suche nach einer nahe gelegenen Anbieterin leichtfällt. Träger des Vereins Reparaturführer sind Kantone und Gemeinden. Der Verein nimmt keine qualitative Bewertung der eingetragenen Firmen vor, negative Erfahrungen können aber gemeldet werden.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

LITERATUR IM OHR: Hörbuch-Apps sind praktisch, um Ihre Lieblingsautorin auch unterwegs geniessen zu können. FOTO: ISTOCK

Die besten Apps für Hörbücher

Auf dem Handy lassen sich Hörbücher über Apps bequem und überall hören. Preislich attraktiv sind Abos: Für einen monatlichen Betrag erhalten Sie damit Hörbücher, die deutlich günstiger sind als auf CD. Das gewünschte Hörbuch können Sie dann auf der App des Herstellers herunterladen.

«Audible» von Amazon bietet die grösste Auswahl an Titeln.

«Saldo» testete Hörbuch-Apps mit Abo-Funktion. Gut schnitten Apps ab, mit denen sich pro Monat ein bis zwei Hörbücher herunterladen und hören lassen. Die App «Audible» von Amazon kostet 10 Franken 90 pro Monat. Sie punktete mit einer guten Bedienung und einem sehr grossen Angebot an Hörbüchern. Auch die Apps «Audioteka» (10.90 pro Monat) und «Tolino» (12.90 pro Monat) schnitten gut ab. Allerdings war das Angebot etwas schlechter als bei «Audible». Bei allen drei Apps können Sie die Hörbücher behalten, auch falls Sie das Abo kündigen sollten.

FLATRATE-ABOS SCHLECHTER. Eine Variante dazu sind Apps mit Flatrate: Für einen Monatsbeitrag können Sie unbegrenzt viele Hörbücher herunterladen. Jedoch zeigte sich im Test, dass das Hörbuchangebot bei Flatrates oft sehr schlecht ist. Selbst verbreitete Bestseller fehlen. Am besten bei den Flatrate-Apps schnitt «Bookbeat» ab (21.75 pro Monat). Beim Flatrate-Abo gilt: Nach der Kündigung können Sie die Hörbücher nicht mehr abspielen. MARC MAIR-NOACK

Mutterschaft hinauswerfen will

ist missbräuchlich

rend 16 Wochen nach der Geburt ist ein Arbeitsverhältnis unkündbar. Eine dennoch ausgesprochene Kündigung durch die Firma ist deshalb nichtig.

ENTSCHÄDIGUNG. Danach wird die Rechtslage heikler. Eindeutig ist: Eine Kündigung wegen Mutterschaft ist nach Arbeitsrecht missbräuchlich. Und sie ist diskriminierend im Sinne des Gleichstellungsgesetzes. Aber eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses können Sie nicht erzwingen – ausser im Sonderfall einer Rachekündigung, wenn Sie vorgängig eine Diskriminierungsbeschwerde eingereicht haben. Jedoch wird die Firma entschädigungspflichtig. Dann nämlich, wenn die Schlichtungsbehörde oder das Gericht zum Schluss gelangen, die Kündigung stehe im direkten Zusammenhang mit der Mutterschaft. Dabei kann die Entschädigung einem Betrag in Höhe von bis zu sechs Monatslöhnen entsprechen.

UNINFORMIERTE RICHTER. Die Genfer Arbeitsrechtlerin Karine Lempen hat die Rechtsspraxis zum Gleichstellungsgesetz untersucht und kommt zu ernüchternden Schlüssen: Klagen wegen diskriminierender Kündigung gingen nur in etwas mehr als der Hälfte der Fälle zugunsten der Arbeitnehmerinnen aus, vor allem, weil Firmen andere Kündigungsgründe vorschützen. Besonders beliebt: die Behauptung, eine Pensenreduktion oder die gewünschten Arbeitszeiten liessen sich nicht mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang bringen. Und oft wenden schlecht informierte Richter nur das Obligationenrecht an und lassen das Gleichstellungsgesetz beiseite, obwohl dieses die Beweisführung für die Klägerinnen erleichtern würde.

RECHT EINFORDERN. Um die Gleichstellung durchzusetzen, braucht es Kampfgeist. So gehen Sie als Betroffene vor:

- Auf keinen Fall sich überreden lassen, selbst zu kündigen.
- Gibt es in Ihrer Firma eine Fachstelle für Gleichstellung? Schildern Sie Ihren Fall, und machen Sie die Fachstelle zu Ihrer Verbündeten!
- Nehmen Sie die Rechtsberatung der Unia in Anspruch. Sie werden in der Durchsetzung Ihrer Rechte unterstützt.

DER UNIA-RATGEBER

IHRE RECHTE

Schwangerschaft und Mutterschaft verleihen Arbeitnehmerinnen besondere Rechte – ausser dem Kündigungsschutz in der Schwangerschaft und 16 Wochen danach auch in Bezug auf bezahlte Absenzen, zumutbare Arbeit und Arbeitszeiten. Die Unia-Broschüre «Erwerbstätig und Mutter – was ich wissen muss» bietet eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen betreffend Schwangerschaft und Mutterschutz. Sie können sie auf der Unia-Website herunterladen: **rebrand.ly/mutterschaft**

Familienferien – aber günstig!

Eine Woche für 200 Franken

Reka offeriert Familien mit bescheidenem Einkommen auch 2020 Ferien zum Extrapreis.

200 Franken für eine Woche Ferien in der Schweiz: Das ist günstig und erlaubt es Familien mit bescheidenem Einkommen, einmal eine Woche ausserhalb der eigenen vier Wände gemeinsam zu verbringen.

Reka vergibt 1000 Wochenarrangements zu diesem Spezialpreis an Familien, deren Einkommen maximal 60 000 Franken (für 2-Eltern-Familien) oder 50 000 Franken (für 1-Eltern-Familien) beträgt. Ab dem zweiten Kind erhöht sich die Limite um 5000 Franken pro Kind. In den 200 Franken sind neben der Wohnungsmiete oder dem Aufenthalt im Familienzimmer einer Jugendherberge auch die Kosten der Anreise mit dem öffentlichen Verkehr inbegriffen.

Im Preis ist auch die Anreise mit dem ÖV bereits inbegriffen.

Wer sich anmeldet, kann zwischen Wohnung und Herberge wählen und Wünsche zum Ferienziel äussern, die Zuteilung auf eine Destination nimmt aber Reka vor.

JETZT ANMELDEN. Möchten Sie vom Reka-Angebot Gebrauch machen? Melden Sie Ihr Interesse frühzeitig an. Den Fragebogen dazu finden Sie auf **www.reka.ch** unter «Sozialangebote».

workrätsel Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!

K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG, GEWINNERIN UND GEWINNER AUS NR. 16
Das Lösungswort lautete: RENTENALTER

	G	D				G	J					C		S				
	R	O	T	K	L	E	E		L	O	H	N	H	E	R	B	S	T
	U	O		I		S	T	O	E	R	E	N		G		A	K	T
	E	R	D	N	U	S	S		P		N		M	E	R	L	E	
A	B	S	U	D		N		K	R	A	N	K	E	N		K		L
	L		E		B	E	I	N	A	M	E		R		S	A	R	I
	E	S	S	B	A	R		I		B		B	A	K	U	N	I	N
A	R	T	E		N		P	F	L	E	G	E	N		H		E	S
		I		K	A	E	U	F	E	R		T		E	R	B	S	E
	K	N	A	L	L		L		D		T	O	M	M	E		E	
Z	U	G		E		O	L	M	E	K	E	N		B		K	L	M
	E		P	I	O	N	I	E	R		N		L	A	G	U	N	E
	K	R	A	N		K		I		O	S	C	A	R		O		T
	E		C	O	M	E	N	S	O	L	I		U	G	A	N	D	A
U	N	B	E	D	I	N	G	T		E	D	I	T	O	R	I	A	L

DEN PREIS, 3 Coop-Gutscheine à je Fr. 100.–, haben gewonnen: Maja Consadey, Gerlafingen SO; Urs Reimann, Bellach SO; Willy Zaugg, Thun; Herzlichen Glückwunsch!

Kreuzigungsstätte Christi			faul, langsam	amerik. Jazz-Sängerin (Marla)	(Geld) investieren			sumpfig. Feuchtgebiet	Spender	Zch. f. Lawrencium	aufhören		feierl. Gelübde		Aktie (engl.)	zum Verzehr geeignet	Jetztzustand	Abk.: teilweise
Pizzagewürz		1						Lohn... für Frauen und Männer										
weibl. frz. Artikel			weibl. Nutztier		flammend, feurig				4				Spielgerät beim Curling		Abk.: Südsüdwest			6
unwohl: nicht ganz ...								Vorschrift		Hühnervogel		Teil des Oberkörpers						Zylinder, Rolle
					frz. Autor † 1905 (Jules)		Schiedsrichter (engl.)						2		kleine Brücken		flüchtig. Brennstoff	
Greta Th.: «Wie könnt ihr es ...!»		schweiz. Maler † 1967 (Joh.)		altgedienter Soldat								seitlich von		isländ. Prosaerzählung des MA				
auf der Rückseite			5				schweiz. Rheinstadt		Staat in Südarabien		Bis 2030 könnte die Schweiz CO_2- ... sein							
				Todeskampf		zustimmen								sich wundern		Autokz. Kanton Schwyz		
Mafiachef	Zusammenbruch, Debakel		geschichtl. Jahrbücher								nordamerik. Wildrinder		Schweiz. Gewerkschaftsbund				Digitalradio	
Radspeichenkranz				3		karib. Inselstaat: St. ...		Ach guck: ... da!		Siegerin						südam. Tanz		Jugendliche (engl.)
			Buchregisterzeichen		Bücherfreundin								Mondkrater Mz.		Aktion, Handlung		7	
kaputt (ugs.)		Blutzuckerhormon					8			US-Schauspieler † (Bruce)		Präsident von Simbabwe † (Robert)						
Disney-Figur: ... und Strolch					Doppelkonsonant		Datenträger		Stadt bei Salt Lake City (USA)						kurz für: in dem		Abk.: ex officio	
Gehalt, Einkommen		informieren, mitteilen										Tanz in der Reihe						
				wilde Ackerpflanze			9		eh. St. Galler Fussb.-stadion									

1	2	3	4	5	6	7	8	9

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 25. Oktober 2019

INSERAT

Termin- und Zeitdruck auf dem Bau?

Grosse Bauarbeiter-Umfrage! www.unia.ch/termindruck

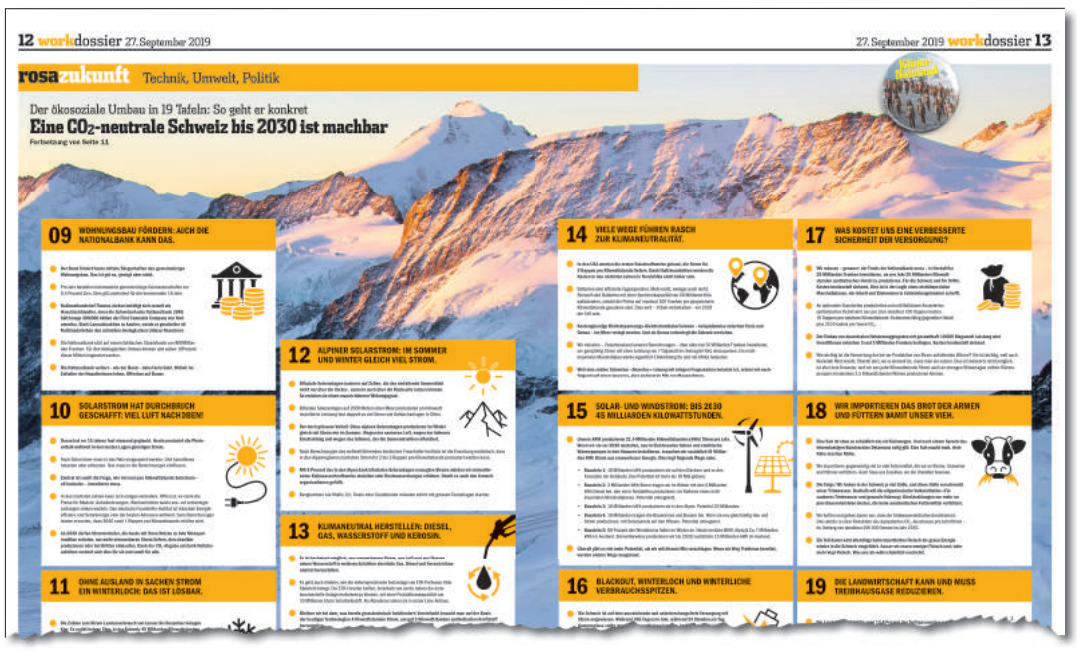
Auf vielen Baustellen werden die Termine immer knapper berechnet. Auch wenn die Fristen unrealistisch sind, müssen sie um jeden Preis eingehalten werden – egal ob bei extremer Hitze oder eisiger Kälte. Die Qualität der Arbeit sinkt, die Arbeitssicherheit wird vernachlässigt und die Gesundheit der Bauarbeiter leidet.
Wir wollen wissen: Welche Erfahrungen hast du mit Termin- und Zeitdruck auf der Baustelle gemacht?

Mach jetzt online mit bei der Umfrage zu Termindruck auf dem Bau!

UNIA

WORKFRAGE VOM 27. 9. 2019

Was ist Ihre Meinung zum Klima-Umbauplan von work?


12 workdossier 27. September 2019

27. September 2019 workdossier 13

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Der ökosoziale Umbau in 19 Tafeln: So geht er konkret

Eine CO_2-neutrale Schweiz bis 2030 ist machbar

Fortsetzung von Seite 11

09 WOHNUNGSBAU FÖRDERN: AUCH DIE NATIONALBANK KANN DAS.

10 SOLARSTROM HAT DURCHBRUCH GESCHAFFT: VIEL LUFT NACH OBEN!

11 OHNE AUSLAND IN SACHEN STROM EIN WINTERLOCH: DAS IST LÖSBAR.

12 ALPINER SOLARSTROM: IM SOMMER UND WINTER GLEICH VIEL STROM.

13 KLIMANEUTRAL HERSTELLEN: DIESEL, GAS, WASSERSTOFF UND KEROSIN.

14 VIELE WEGE FÜHREN RASCH ZUR KLIMANEUTRALITÄT.

15 SOLAR- UND WINDSTROM: BIS 2030 45 MILLIARDEN KILOWATTSTUNDEN.

16 BLACKOUT, WINTERLÖCH UND WINTERLICHE VERBRAUCHSSPITZEN.

17 WAS KOSTET UNS EINE VERBESSERTE SICHERHEIT DER VERSORGUNG?

18 WIR IMPORTIEREN DAS BROT DER ARMEN UND FÜTTERN DAMIT UNSER VIEH.

19 DIE LANDWIRTSCHAFT KANN UND MUSS TREIBHAUSGASE REDUZIEREN.

MIT ABSTAND DAS BESTE KONZEPT

Ich möchte work ein grosses Kompliment machen zu diesem wertvollen Konzept zum Klima-Umbau. Es ist wohl mit Abstand das beste, konkreteste und umfassendste Konzept, das über dieses Thema bisher in den Schweizer Medien erschienen ist. Auch keine einzige Schweizer Partei hat meines Wissens bisher etwas Derartiges veröffentlicht. Ein Ergänzungsvorschlag: Auf einer 20.Tafel sollten Sie noch den Wahnsinn der weltweiten Schifffahrt thematisieren (Fracht- und Kreuzfahrtschiffe), denn noch immer fahren die meisten Schiffe mit dem billigen und extrem dreckigen Schweröl, obwohl weniger dreckige Technologien (Treibstoffe und Motoren) längstens vorhanden sind. Der CO_2-Ausstoss eines einzigen grossen Containerschiffes, das von China nach Europa fährt und zurück, stösst so viel Abgase aus wie mehrere Zehntausend Autos in einem Jahr zusammen!

KURT AMREIN, HOCHDORF LU

VERNÜNFTIGE DEBATTE ÜBER GELDPOLITIK

Ich bin überzeugt, dass es eine Diskussion braucht, wie die Geldpolitik in Zukunft umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden kann. Und da die Nationalbank die Gesetze nicht selber macht, muss diese Diskussion insbesondere in Bundesbern geführt werden. Die SNB wird von sich aus nicht tätig. Das Problem ist, dass unsere Politikerinnen und Politiker sich kaum je zur Geldpolitik Gedanken machen und äussern, weil diese ja unabhängig sein soll. Das ist ja eigentlich eine ganz gute Idee, aber man sollte Institutionen auch den Anforderungen der Zeit anpassen können. Es braucht dringend eine vernünftige Debatte über die Zukunft der Geldpolitik.

MAURIZIO DEGIACOMI, PER MAIL

UMWELTFREUNDLICHE AKTIEN

Die auf der Tafel 6 erwähnte grüne Mauer steht unter dem Verdacht, durch die Einschränkung der Luftzirkulation den Smog in Peking zu verstärken. Zu Punkt 9: Hier wird eine Ausweitung der Geld- bzw. der Kreditmenge der SNB empfohlen. Das ist Unsinn – Ihr wollt hier ja kaum nebenbei noch Notenbankpolitik betreiben. Wenn schon, müsste man mit den 100 Milliarden Umweltpapiere (Aktien und Anleihen) kaufen. Das wäre dann keine expansivere Notenbankpolitik mehr, sondern eine Verschiebung hin zum Halten von umweltfreundlichen Aktien.

THOMAS BAUMANN, PER MAIL

SCHWER UMSETZBAR

Diese Weltverbesserungsideologien sind für mich zum Teil wenig glaubwürdig, schwer umsetzbar und nicht alle wünschenswert. Will ich denn, dass in Zukunft nur noch selbstfahrende Elektroautos zugelassen werden? Und wie wird der zusätzlich benötigte Strom produziert für die Millionen neuer Elektroautos weltweit? Deutschland hat ja nicht einmal für sich selbst genügend Windstrom! Und synthetische Kraftstoffe importieren aus Entwicklungsländern? Wir sprechen hier ja von einem globalen Phänomen und somit auch von einem globalen Bedarf. Also plötzlich haben wir weltweit genügend synthetische Kraftstoffe? Ist dem so?

URS KELLER, PER MAIL

ES IST MACHBAR!

Ein tolles Papier. Aber es sollte gekürzt werden, auf 12 Tafeln (zum Beispiel können Punkt 11 und Punkt 16 zusammengefasst werden). Und es brauchte eine klarere Gliederung, beispielsweise in die Kategorien Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Industrie/Dienstleistungen (inkl. IT). Den leicht polemisch-optimistischen Grundton unbedingt beibehalten, im Sinne von «Es ist machbar. Allez-hopp!». Als Sonderdruck breit streuen.

UELI BALSIGER, PER MAIL

WACHSTUMSKRITIK AUSGEBLENDET

Gut, hat work den Öko-Umbau aufgenommen. Schade aber, dass die Wachstums- und Technikkritik ausgeblendet wird. Wären nur die technischen Möglichkeiten das Problem, hätten wir keinen Klimanotstand.

PETER SIGERIST, VIA TWITTER

KONSEQUENT FÜR SOLARENERGIE

Mit Freude, aber auch etwas Überraschung habe ich im letzten work den Klima-Umbauplan zur Kenntnis genommen. Es ist natürlich begrüssenswert, dass sich work mit einem ausführlichen Klimadossier dem Klimawandel widmet. Es wird dort jedoch geschrieben, dass «noch niemand [...] bisher konkret aufgezeigt [hat], dass der schnelle ökosoziale Umbau machbar ist». Dabei hat doch die SP Schweiz Anfang Juli 2019 einen Klima-Marshallplan mit 40 Massnahmen vorgestellt, der aufzeigt, wie der Ausstieg aus den fossilen Energien erreicht werden kann – und dass dies sozialverträglich finanzierbar ist. Wir setzen dabei konsequent auf Solarenergie und Energieeffizienz. Schade, wurde bei den Ausführungen im work auf einen Hinweis auf den SP-Marshallplan verzichtet – denn die beiden Pläne könnten sich unter Umständen gut ergänzen.

CLAUDIA ALPIGER, POLITISCHE FACHSEKRETÄRIN DER SP-FRAKTION DER BUNDESVERSAMMLUNG

ZU VIEL TECHNISCHER OPTIMISMUS

Das work strotzt in der Klimafrage von technischem Optimismus. Beim Lesen kommt mir in den Sinn: «Wir schaffen das!». Oder das berühmte «Yes, we can!». Ich habe 1973 das Buch «Die Grenzen des Wachstums» gelesen. Obwohl Physiker, fehlt mir seither der Glaube, dass technische Lösungen allein nachhaltig sind. Nicht dass ich mich gegen solche stemmen würde, im Gegenteil! Aber die Einsicht, dass unser Planet ein begrenztes, abgeschlossenes System ist, hat mich seither begleitet. Allein, ich spüre wenig, dass sich seither aus dieser – an sich trivialen – Erkenntnis neue Grundhaltungen oder Philosophien ergeben haben. Der Klima-Aufschrei der Jugend schafft dazu vielleicht eine Basis. Ich weiss, es ist eine Gratwanderung zwischen pessimistischer Realität, die täglich mit neuen Erkenntnissen gezeichnet wird, und einem notwendigen Wandel der Gesellschaft, der ohne Optimismus wohl nicht zu schaffen ist. Solange dieser Wandel nur ein Wechsel der Pferde vom ölgetriebenen zum ökologisch getriebenen Wachstumspfad ist, muss er aber zwangsläufig im Absturz enden. In einem begrenzten Raum stösst man auch mit ökologischem Wachstum unweigerlich einmal an die Wände (vielleicht einfach etwas später und hoffentlich weniger heftig)!

NIKLAUS BALTZER, BERN

REICHE MÜSSEN MEHR OPFER BRINGEN

Schade, kein Wort über Privatjets. Diese gehören auf Linienstrecken verboten. Das wäre soziale Klimapolitik: Reiche müssen mehr Opfer bringen. Zudem scheint mir die Hoffnung auf synthetisches Kerosin ein bisschen zu optimistisch.

MARIO LEANDROS, VIA TWITTER

KLIMAKILLER FLEISCHPRODUKTION

Es ist unerklärlich, dass work ausgerechnet den schlimmsten Klimakiller, die Tierproduktherstellung, ganz am Schluss als Anhängsel erwähnt. Als Nebeneffekt würde eine Umstellung auf pflanzenbasierte Ernährung auch jene schützen, für die sich work schon immer eingesetzt hat, die Ausgebeuteten. Tiere sollten niemals als reine Produktionsmaschinen missbraucht werden.

RENATO WERNDLI, PER MAIL

workquiz

Wie gut sind Sie?

1. Klimakrise I:
Welches ist in der Schweiz die grösste CO_2-Schleuder?
a) die Landwirtschaft?
b) die Industrie?
c) die SVP?
d) der Verkehr?

2. Klimakrise II:
Was sind bifaziale Solaranlagen?
a) Solaranlagen, die auf deutsch und französisch angeschrieben sind?
b) Solaranlagen, die gleichzeitig Schwach- und Starkstrom produzieren?
c) Solaranlagen, die Sonnenlicht über Vorder- und Rückseite nutzen können?
d) Solaranlagen mit zwei fazialen Dysmorphien?

3. Klimakrise III:
Wie umweltschädlich ist eine Kuh?
a) wie ein Mensch?
b) wie ein Kleinwagen?
c) wie ein Flugzeug?
d) wie ein SUV?

4. Klimakrise IV:
Was ist Syngas?
a) ein spanisches Mineralwasser?
b) eine gelbe Gewerkschaft?
c) ein männlicher Vorname aus Tausendundeiner Nacht?
d) ein synthetischer Treibstoff?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d; 2c; 3b; 4d

WORKPOST

WORK 16 / 27.9.2019: MERCOSUR-ABKOMMEN: PARMELINS HAUPTARGUMENT ZERBRÖSELT

Uruguay nicht vergessen

Es ist wichtig, dass work Alarm schlägt gegen das Freihandelsabkommen von SVP-Bundesrat Guy Parmelin mit den Mercosur-Staaten. Widerstand regt sich vor allem, weil sich die Schweiz damit ins Boot des Urwaldkillers Bolsonaro setzen würde. Nicht unerwähnt bleiben sollte jedoch, dass im Schatten von Brasilien im Mercosur auch noch Paraguay sitzt. In diesem Land ist immer noch die alte, nie reformierte Stroessner-Diktaturpartei (Colorados) an der Macht; der erste und bisher einzige sozial orientierte Präsident Fernando Lugo wurde 2012 auf Druck vom mächtigen Agrarchemiekonzern Monsanto aus dem Amt geputscht, danach wurden die Schleusen geöffnet für genmanipulierte Pflanzen. Seither ist Paraguay zum sechstgrössten Produzenten der Welt von genveränderter Soya, Baumwolle und genverändertem Mais aufgestiegen. Mit verheerenden Folgen für Menschen und Natur. Soll auch das «frei» (blind) in die Schweiz importiert werden?

RENÉ LECHLEITER, ZÜRICH

WORK 16 / 27.9.2019: ERINNERUNGEN AN ROBERT MUGABE

Einseitige Darstellung

Mit einer gewissen Neugier las ich Jean Zieglers Erinnerungen an Robert Mugabe. Neugierig deshalb, weil Ziegler seine alten Freunde, wie etwa den langjährigen, jetzt zum Glück ehemaligen algerischen Machthaber Abd al-Aziz Bouteflika, auch noch dann bejubelte, wenn sich die Bevölkerung schon lange von ihnen abgewandt hat. Und tatsächlich, auch bei Mugabe bringt er es fertig, seine Entwicklug zum Diktator auszublenden. Mugabe, 1980 kaum an der Macht, hat die Opposition unterdrückt und wird für das Massaker, das seine Truppen 1982 in Matabeleland verübten, verantwortlich gemacht. Ab den 1990ern riss er alle Macht an sich. Dass sich Ziegler in dieser «Erinnerung» selbst als Opfer stilisiert, ist vielleicht die Erklärung für die auffällig reduzierte und einseitige Darstellung seiner alten Freunde.

DANIÈLE LENZIN, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 16 / 27.9.2019: ELEKTRIKER-GAV: «DAS IST EIN GUMP NACH OBEN»

Grosser Erfolg

Ich gratuliere dem Unia-Team zum Durchbruch beim GAV der Elektrobranche. Das ist wirklich sehr erfreulich und ein grosser Erfolg!

LILIT KEUCHEYAN, LIECHTENSTEINISCHER ARBEITNEHMERINNENVERBAND

WORK 16 / 27.9.2019: EPSILON: «DIE CHEFS WAREN RICHTIGE DIKTATOREN»

Wahre Helden

Andrès Arciniegas und José Serantes sind für mich die wahren Helden dieser Zeit!

THOMAS SCHIEWECK, VIA FACEBOOK.

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

zusammen_h_alt
Die Genossenschaft für Tätigsein und Wohnen in der zweiten Lebenshälfte

Willkommen

Wir suchen Menschen ab 45 Jahren …
Individuelle Wohnungen, verschiedene Gemeinschaftsräume und Terrassen
Lagerplatz, 8400 Winterthur
Einzug ab April 2020

www.zusammenhalt.ch
info@zusammenhalt.ch

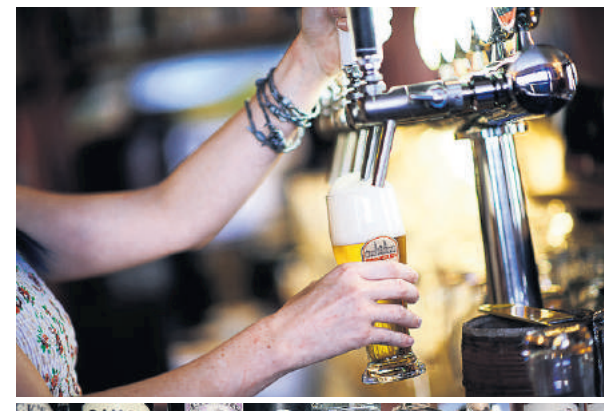
Telefon 079 891 78 70

VANESSA VILLFORTH

BASTLERIN

Vanessa Villforth (*1986) ist in Morschach SZ zur Schule gegangen und wollte nach einem Au-pair-Jahr in Freiburg eigentlich eine Malerinnenlehre absolvieren, doch sie fand keine Lehrstelle. Sie musste aufs RAV. Über das Amt suchte sie eine Arbeit auf dem Bau. Um «anzupacken». Doch das traute man ihr dort nicht zu und vermittelte ihr stattdessen «nur typische Frauenberufe». Als Hilfsnäherin musste sie in eine marode Bettenfabrik, als Reinigungsangestellte zu einer Privatfrau, die sich «wie eine Königin aufführte», und als Serviceangestellte in eine Spelunke, in der das «Fräulein» immer Minirock tragen musste. Mit zwanzig kam sie endlich ins «Tübli», wo sie heute als Wirtin rund 4000 Franken verdient.

KOSTÜMIERT. In ihrer Freizeit näht, bastelt und bemalt Villforth Kostüme. Verkleidet und mit anderen «Cosplay-Nerds» fährt sie an internationale Fantasy-Conventions, wo sie etwa als «Zelda», die berühmte Nintendo-Figur, auftritt. Oder als «Princess Bubble Gum» aus der US-amerikanischen Zeichentrickserie Adventure Time.



WÄHRSCHAFTE BEIZ: Das «Tübli» in Schwyz bietet Bier, Hochprozentiges und eine weltoffene Atmosphäre.

Vanessa Villforth (32) ist stolz auf ihre einmalige Wirtschaft

«Rüpel **schmeisse ich** notfalls eigenhändig raus»

Manchmal «spinnen alle» im «Tübli» zu Schwyz, der Bar mit den hohen Idealen und der kunterbunten Chefin.

JONAS KOMPOSCH | FOTOS FABIAN BIASIO

Hoch über Schwyz wacht der Grosse Mythen. Wer den schroffen und pyramidenförmigen Berg an einem goldenen Herbsttag erklimmt, trifft nach erfolgtem Abstieg durstig wieder im Kantonshauptort ein. Und hat dort die Qual der Wahl. Denn das 15 000-Seelen-Städtchen besticht mit einer auffällig hohen Beizendichte. Eine altbewährte Option ist das «Tübli» von Vanessa Villforth: «Hier gehen die Leute schon seit über 100 Jahren ein und aus», sagt die 32jährige Wirtin und zeigt die Eröffnungsurkunde von anno 1898. Damals habe hier an der Schützenstrasse noch emsiges Treiben geherrscht, weiss die gebürtige Luzernerin, die sich für die Geschichte ihrer Bar begeistert. Sogar ein elektrisches Tram verkehrte entlang der einstigen Wirtschaft zur Taube. Viel später, in den 1980er Jahren, betrieben Villforths Eltern das Lokal. Zunächst aber nicht als Gasthaus, sondern als Kondom-Fachhandel. «Ein Riesenskandal» sei das gewesen im konservativen Kanton. Doch den Jüngeren gefiel es, und sie blieben nach dem Präservativkauf gleich noch für eine «Hülse», wie hier die Bierflaschen mit Bügelverschluss heissen. So wurde das «Tübli» zum alternativen Treffpunkt und allmählich wieder zur Beiz.

OLDSCHOOL. Heute scheint der historische Stadtkern ziemlich ruhig. Zumindest tagsüber. Denn erst um fünf Uhr treffen die ersten Gäste im «Tübli» ein. Die durstigen Wandervögel vom Mythen? «Auch», sagt Villforth, «aber bei mir verkehren ganz unterschiedliche Leute.» Vom Bauern über den Baubüezer bis zum Banker komme alles zusammen, was gesellig sei. Und im Unterschied zu vielen anderen, «eher männerlastigen» Kneipen fühlten sich bei ihr auch Frauen wohl. Was sich am gut durchmischten Publikum zeige. «Dann wird es schnell lebendig», sagt die Wirtin. Besonders an Feiertagen wie dem «Güdelmäntig», der «Chloschterchilbi» oder dem «Grüene Donschtig». «Dann spinnen alle hier», strahlt die Wirtin.

RAUSSCHMISS. Und man glaubt es ihr sofort. Denn das «Tübli» ist kein schickes Cüplilokal oder eine hippe Coffeelounge, sondern eine währschafte Bar alten Stils. Massive Eichenholzhocker umgeben den stählernen Tresen, an dem noch geraucht und gepoltert werden darf. Und im schummrigen Licht glänzt einzig der silberne Zapfhahn. Angeschlossen sind dort fünf Offenbiere – darunter das «Eichhörnchen», eine dinkelhaltige Eigenkreation der Wirtin. Neben den offenen führt Villforth noch fast 70 weitere Flaschenbiere im Sortiment, dazu eine Selektion von bewährten Gin-, Whiskey- und Absinthsorten. Trotz der hochprozentigen Vielfalt und dem robusten Interieur sei ihre Bar keine rohe Trinkerhöhle, versichert die Gastgeberin: «Hier geht ein anderer Groove.» Das zeige sich etwa am Stammtisch: «Fremde werden hier von den Dauergästen eingeladen.» Auf diese weltoffene Atmosphäre sei sie schon stolz, sagt Villforth. Denn das entstehe nicht von alleine. Seit zehn Jahren ist sie nun schon Wirtin des Hauses. Und immer habe sie Werte wie Toleranz, Freundschaft und Solidarität hochgehalten. Das entspreche auch der Überzeugung des Publikums. Doch hin und wieder müsse sie schon den Tarif durchgeben: «Rüpel schmeisse ich notfalls eigenhändig raus», so die Gastronomin, in der ungeahnte Kräfte schlummern: Eine klemmende WC-Tür öffnet Villforth vor den Augen des Schreibenden mit einem derart wuchtigen Kick, dass sie fast aus den Angeln fliegt.

Doch meistens reiche eine klare Ansage, um sich durchzusetzen. Kaum erstaunlich bei Villforths ausgeprägten Beizerinneneigenschaften: Aufs Maul gefallen ist sie keineswegs, und eine laute Stimme hat sie auch. Ganz zu schweigen von ihrer freundlich-frohen Art. Gehört die «Tübli»-Wirtin also zur Lokalprominenz? Villforth schmunzelt: «Sicher, seitdem ich nur noch mit bunten Haaren rumlaufe.» Diese – gerade blau, mal rot, bald pink – kämen übrigens besonders bei älteren Damen gut an. «Die freut's, dass heute möglich ist, was ihnen niemals erlaubt worden wäre.»

SOZI-CHEFIN. Früher hätte sich Villforth nie vorstellen können, so lange am gleichen Ort zu leben und zu arbeiten. Doch nun sei ihr das Wirten ans Herz gewachsen: «Für mich ist es mehr als eine Erwerbsarbeit, es ist schon fast ein soziales Engagement.» Denn mit ihrem «Tübli» verbinde sie unterschiedlichste Menschen und Kulturen. Und: Villforth, die sich als Freigeist und Anarchistin versteht, kann hier ihre Ideale umsetzen.

Zum Beispiel im Betriebsmanagement, bei dem ihre beiden angestellten Barkeeper Mitsprache- und Vetorecht haben. Die Schichtpläne legen das Personal und die Chefin, die keine sein will, gemeinsam fest. «Alles geschieht in basisdemokratischen Entscheiden!» beteuert die Arbeitgeberin. Und wie hält sie's mit Gewerkschaften im Betrieb? «Ja, bitte!» sagt Villforth, die selbst nicht Mitglied ist. Aber erst kürzlich habe sich an der Bar eine junge Frau beschwert. «Wegen eines übergriffigen Vorgesetzten!» Villforth haut mit der Faust auf den Tisch, dass die Tassen springen: «Die habe ich direkt zur Unia geschickt!»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 89 669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.